



Die österreichische Revolution¹

HANS HAUTMANN

Der Begriff der „österreichischen Revolution“, den Otto Bauer als Titel einer seiner besten, noch heute mit Gewinn zu lesenden Schriften eingeführt hat², muss in einem engen und in einem weiten Sinn verstanden werden. Der enge Begriff ist jener, der die Zeit vom 21. Oktober 1918 (dem Tag der Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich) bis zum 12. November 1918 (dem Tag, als mit der Ausrufung der Republik der Bruch mit dem alten Regime vollzogen wurde) umfasst. Macht man bei diesem engen Begriff der österreichischen Revolution Halt, wie es seitens der bürgerlichen Geschichtsschreibung üblich ist, so hat man damit aber für das Verständnis der Gesamtentwicklung nicht sehr viel gewonnen, denn die Geschehnisse jener wenigen Tage fielen ja nicht plötzlich wie Manna vom Himmel. Sie wurzelten tief im Ersten Weltkrieg und sie fanden auch mit dem 12. November 1918 noch keineswegs ihren Abschluss.

Man muss daher den zweiten, den weiten Begriff der österreichischen Revolution zur Analyse heranziehen. Dieser weite Begriff deckt sich mit dem Zeitraum des Andauerns einer *revolutionären Krise* in Österreich, die um die Jahreswende 1916/17 begann und im Herbst 1920 endete. Innerhalb dieses Abschnitts zeichnen sich deutlich vier Höhepunkte ab: das Frühjahr 1917, der Jänner 1918, der November 1918 und das Frühjahr 1919.

Die beiden ersten Knotenpunkte, noch in die Zeit der Monarchie fallend, wurden in früheren Ausgaben der „Mitteilungen“ bereits behandelt.³ Im Folgenden wollen wir uns mit den revolutionären Ereignissen der Anfangsperiode der Republik beschäftigen.

November 1918

Der November 1918 war in Österreich eine Umwälzung eigener Prägung. Sie entstand zwar auf der Grundlage der allgemeinen revolutionären Krise in unserem Land, war aber doch weniger eine

Frucht von offensiven Massenbewegungen der Arbeiterschaft als vielmehr ein Resultat der militärischen Niederlage der Mittelmächte und des Zerfalls der Habsburgermonarchie in die Nationalstaaten, welche die Ausrufung der Republik auch in Deutschösterreich notwendigerweise zur Folge haben mussten. Der desolate Zustand des obrigkeitstaatlichen Repressionsapparats, vor allem seines wichtigsten Machtmittels, der kaiserlichen Armee, machte einen ernsthaften Widerstand gegen diese Entwicklung unmöglich und zwang die Träger der alten Herrschaft, den neuen Elementen, an deren Spitze die Sozialdemokratie stand, *friedlich* die Macht zu übergeben. Das, was man gemeinhin mit dem Begriff „Revolution“ assoziiert – Aufstand, Straßenkampf, Barrikaden – fehlte im November 1918, vereinzelte Gewaltaktionen ausgenommen, gänzlich.

Aufgrund dieser Tatsache ist bis heute die Mehrheit der bürgerlichen wie sozialdemokratischen Historiker der Ansicht, dass die Ereignisse um die Entstehung der Republik es nicht verdienen, als Revolution bezeichnet zu werden, dass es sich lediglich um einen durch äußere Faktoren verursachten „Zusammenbruch“, nur um ein „Segeln im Wind der großen historischen Stürme“⁴ gehandelt habe.

Eine andere Meinung vertraten aber schon damals zwei führende österreichische Rechtsgelehrte, Hans Kelsen und Adolf Merkl. Sie stellten bereits 1919 fest, dass das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich vom 12. November 1918 als *Bruch* der Kontinuität zu verstehen ist, die Grundlegung der Republik daher ein *revolutionärer* Staatsgründungsakt gewesen sei, weil er nicht aus einer gegebenen Verfassung abzuleiten war⁵ und eine Neuschöpfung von Recht vorlag.⁶

Kontinuität und Diskontinuität

Wir können uns der Definition der österreichischen Revolution nähern, wenn wir untersuchen, ob zwischen den politischen Strukturen der alten Monar-

chie und denen der jungen Republik wirklich ein so großer Unterschied klaffte, dass der Terminus „Revolution“ dafür angemessen ist. Zu diesem Zweck muss man die verschiedenen Elemente der Kontinuität auf der einen und die der Diskontinuität auf der anderen Seite herausarbeiten.

Elemente der Kontinuität in der österreichischen Revolution waren:

- 1.) Die ökonomische Grundlage, das Wirtschaftssystem auf privatkapitalistischer Basis blieb gleich.
- 2.) Die Hauptbestandteile des Rechtssystems (Zivilrecht, Zivilprozessordnung, Strafrecht, Strafprozessordnung usw.) sowie die staatliche Verwaltungsorganisation mit ihren Instanzenzügen wurden übernommen.
- 3.) Das nach Zehntausenden zählende alte Beamtenum, das Ämterwesen, die Polizei, der Behördenapparat von der Ministerialbürokratie bis hinunter zu den Bezirkshauptmannschaften blieb so gut wie unverändert aufrecht und funktionierte weiter.

Elemente der Diskontinuität in der österreichischen Revolution waren:

- 1.) Der Wechsel der Staatsform als solcher, die Abdankung und schließlich Landesverweisung des letzten Habsburgerkaisers.
- 2.) Die gesetzliche Aufhebung der Vorrechte des Adels.
- 3.) Die Umwandlung des einstigen Mehrheitswahlrechts für den Reichsrat in ein Verhältniswahlrecht einschließlich des Wahlrechts für Frauen.
- 4.) Die Abschaffung des Klassen- und Zensuswahlrechts für die Länder und Gemeinden – auch hier Einführung des Proportionalsystems – sowie die Auflösung der auf politischen Privilegien ge-

Symposium der
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und des
Bildungsvereins der KPÖ Steiermark

„90 Jahre Republik –
90 Jahre KPÖ“

8. November 2008, Graz
15. November 2008, Wien
Programmablauf: Seite 28

gründeten Körperschaften wie z.B. des Herrenhauses.

5.) Das völlige Verschwinden der alten kaiserlichen Armee, an deren Stelle die Volkswehr trat, wo Anhänger der Sozialdemokratischen Partei die entscheidenden Machtpositionen besetzten.

6.) Und zuletzt die Tatsache, dass a) zahlreiche sehr radikale Sozialgesetze die Freiheit der Unternehmer nun in mancher Hinsicht beschränkten, und b) die Arbeiter- und Soldatenräte die Tätigkeit der alten Ministerialbürokratie kontrollierten und in der Volkswehr einen entscheidenden Einfluss bei der Ernennung und Beförderung von Kommandoinhabern hatten.

Diese Veränderungen, die in ihrer Gesamtheit als Beseitigung des autoritären Obrigkeitsstaates umschrieben werden können, waren dergestalt, dass sie in der Monarchie auf normalem, evolutionärem Weg nicht durchsetzbar waren. Im Unterschied zu den Anpassungsschritten an das moderne bürgerlich-liberale Zeitalter in den letzten Jahrzehnten des Habsburgerreiches, die eine Reihe demokratischer Reformen nach sich zogen, blieben sie mit den ureigensten Interessen der herrschenden Schichten unvereinbar. Sie sprengten den Rahmen der Systemkonformität und stellten eine neue Qualität dar: den vollen Durchbruch bürgerlich-demokratischer Verhältnisse.

Die drei Revolutionsetappen

Die österreichische Revolution war zudem auch kein punktueller Vorgang, der sich auf die Novemberereignisse reduzieren lässt, sondern ein Prozess, der im November 1918 einsetzte und im Sommer/Herbst 1920 zum Abschluss kam. Innerhalb dieses Prozesses können drei große Etappen unterschieden werden:

Die *erste* Etappe, die von November 1918 bis Ende Jänner 1919 dauert, war die *Periode der Etablierung der bürgerlichen Demokratie*. Sie verlief in verhältnismäßig geordneten Bahnen, ohne größere Gewaltaktionen und scharfe Klassenzusammenstöße. Die Aktivitäten der Volksmassen blieben, betrachtet man die österreichische Revolution als Ganzes, begrenzt und schlugen über den Rahmen des in dieser Etappe Erreichten noch nicht hinaus. Sie waren zwar stark genug, um in Verbindung mit dem militärischen Zusammenbruch und nationalen Zerfall des Reiches in der politischen Herrschaft den Wechsel von der Monarchie zur parlamentarischen Republik zu erzwingen; auf den konkreten Umfang und Inhalt der Errungenschaften der ersten Phase der österreichischen Revoluti-

on hatten sie aber nur geringen Einfluss. Deren Festlegung ging primär „von oben“, von den neuen Trägern der Staatsmacht aus. Die Sozialdemokratie als führende Kraft der Koalitionsregierung konnte in diesen Wochen, faktisch unbehelligt von Widerständen innerhalb und außerhalb ihrer Reihen, das Programm der Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in raschem Tempo durchziehen.

Die *zweite* Etappe, die von Februar 1919 bis Ende Juli 1919 dauert, war die *sozialrevolutionäre Periode* der österreichischen Revolution. In ihr kam es zu einer starken Mobilisierung der Arbeiterklasse und zu heftigen Klassenkämpfen, die im April 1919 in den Industriezentren in einer akuten revolutionären Krise gipfelten. Die Stoßrichtung dieser Etappe war eindeutig sozialistisch, auf die Überwindung der sozialökonomischen Herrschaftsverhältnisse und politischen Machtstrukturen abzielend. Dass es den zu einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung drängenden Arbeitermassen nicht gelang, ihre Sache zum Sieg zu führen, lag in erster Linie daran, dass die Sozialdemokratie den Basisdruck durch institutionelle Innovationen (Ausbau der Räteorgane, Bildung der Sozialisierungskommission) aufzufangen, die Krise mittels weitreichender sozialpolitischer Reformen zu überbrücken und die große Mehrheit der österreichischen ArbeiterInnen mit der Beschwörung der Übermacht der Feinde eines räterepublikanischen Experiments von der Opportunität ihres „vorläufigen“ Verharrens auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie zu überzeugen verstand.

Die *dritte* Etappe, die von August 1919 bis Herbst 1920 dauert, war die *Konsolidierungsperiode* der österreichischen Revolution. In ihr flauten die Klassenkämpfe der Arbeiter, nur im Frühjahr 1920 durch einen vorübergehenden Aufschwung der Masseninitiative unterbrochen, insgesamt ab. Das bürgerliche Lager erstarkte, und die von ihm ausgehenden retardierenden Tendenzen gewannen nach und nach die Oberhand. Am Ende der dritten und letzten Etappe, das zwischen den Daten Juni 1920 (Bruch der Koalition) und Oktober 1920 (Annahme der Bundesverfassung, Niederlage der Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen) anzuberaumen ist, saß das Bürgertum wieder fest im Sattel; es war jedoch noch weit davon entfernt, jene Ergebnisse der österreichischen Revolution, die für die besitzenden Klassen auf Dauer inakzeptabel waren, von sich aus rückgängig zu machen.

Nimmt man die österreichische Revolution als Einheit des skizzierten Dreiphasenprozesses, so kann sie als bürgerlich-demokratische Revolution definiert werden, die in bedeutendem Maße mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde und deshalb eine mit erheblichen sozialen und politischen Errungenschaften der Massen ausgestattete parlamentarische Republik schuf.

Die Rolle der KPÖ

Am 3. November 1918 wurde in Wien die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (so lautete bis 1920 ihr offizieller Name) gegründet. Der Gründung vorausgegangen war ein Angebot an den eben erst aus der Haft entlassenen Friedrich Adler, an die Spitze der Partei zu treten. Adler, der nach dem Attentat und seiner Verteidigungsrede vor dem Ausnahmegericht unter den Arbeitern höchstes Ansehen genoss, lehnte dies mit der Begründung ab, dass die 1917/18 von der Sozialdemokratie vollzogene Wendung „nach links“ (in Wahrheit in Richtung Zentrismus) nun auch „unzufriedenen Genossen“ die Möglichkeit biete, „innerhalb der Partei für das internationale revolutionäre Programm der Sozialdemokratie“ (!) zu wirken.⁷

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass Friedrich Adlers Haltung ein für den Ablauf der österreichischen Revolution entscheidendes Faktum war. Hätte er mit den rechten sozialdemokratischen Führern gebrochen und seine politische Tätigkeit als Begründer einer neuen Partei fortgesetzt (die unter seinem Einfluss gewiss nicht bolschewistischen Charakter gehabt hätte, sondern vorerst eine Art „linker USPD“ unter Einbeziehung der Linksradikalen geworden wäre), so wäre eine große Zahl, wahrscheinlich sogar die Mehrheit der Arbeiterschaft mit ihm gegangen, und die Entwicklung hätte einen anderen Verlauf genommen. Mit seinem Schritt trug Friedrich Adler dazu bei, dass die Stellung der Sozialdemokratie als überragende, beherrschende Partei der österreichischen Arbeiterklasse unangetastet blieb. Er und kein anderer sozialdemokratischer Führer war imstande, auf die im Frühjahr 1919 bis aufs Äußerste erregten und revolutionär gestimmten Massen mäßigenden Einfluss auszuüben und sie im Gleichschritt mit der festgelegten Strategie der Partei zu halten, in der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution zu verharren. Friedrich Adler und kein anderer war es daher, der an die Spitze jener Massenorganisation gestellt wurde, in der die eigentlichen Auseinander-

setzungen um die Frage des Weitertreibens der Revolution zur Räterepublik und zum Sozialismus ausgetragen wurden und wo die Macht seines Prestiges am stärksten wirken konnte: den Arbeiterrat.

Wegen persönlicher Differenzen und politischer Meinungsverschiedenheiten kam es am 3. November 1918 nicht zum Zusammenschluss aller linksoppositionellen Gruppen. Die Linksradiكالen unter Franz Koritschoner, die die Gründung für verfrüht hielten, blieben der KPDÖ ebenso fern wie Leo Rothziegel, Johannes Wertheim, Egon Erwin Kisch, Michael Kohn-Eber und andere, die sich in der *Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“* (FRSI) vereinigten.⁸

Historisch war die Zeit für die organisatorische Trennung vom Reformismus längst gekommen und die Schaffung einer revolutionären Partei in Österreich überfällig. Die Gründung vollzog sich aber ohne umfassende Diskussion über die Prinzipien einer marxistischen Arbeiterpartei und deren Aufgaben im Kampf um die sozialistische Revolution. Eine solche Auseinandersetzung wäre gerade in Österreich wichtig gewesen, stand hier doch die Masse der Arbeiterschaft unter dem Einfluss der zentristischen Führer Otto Bauer und Friedrich Adler, die für die Einheit mit den rechten Reformisten eintraten.

Diese ungünstigen Bedingungen paarten sich mit subjektiven Fehlern und Schwächen. Die vorerst an der Spitze der KPÖ stehenden Personen waren den Arbeitermassen unbekannt und hatten weder klare theoretische und politische Vorstellungen noch praktische Kampferfahrungen. Sie vertraten mehrheitlich ultralinke Auffassungen, die sich im Glauben äußerten, durch spektakuläre Aktionen (z.B. die Besetzung der Redaktionsräume der *Neuen Freien Presse* am 12. November 1918) und durch zündende Losungen die Massen mit sich reißen zu können. Das Wirken der KPÖ reduzierte sich in der ersten Zeit ihres Bestehens auf die Propagierung von Grundsätzen des Mar-

xismus und der proletarischen Revolution. Ihre einzige Antwort auf die brennenden Fragen des Tages war der Ruf nach der sofortigen Errichtung der Diktatur des Proletariats, die aber nur dann zu er-

Großbetrieben verankert. In der Hauptsache rekrutierten sich ihre Anhänger aus Arbeitslosen, Kriegsinvaliden und Kriegsheimkehrern, Schichten des Proletariats, die vom sozialen Elend am schärfsten betroffen waren.



Ausrufung der Republik „Deutschösterreich“ in der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918. Die vor dem Parlamentsgebäude angesammelte Menschenmenge nimmt die Nachricht mit großem Jubel auf.

reichen war, wenn man die Massen anhand ihrer *eigenen* Erfahrungen, durch Aufwerfen der akuten, ungelösten politischen und wirtschaftlichen Probleme zur Einsicht ihrer Notwendigkeit *heranzuführen* verstand. Gerade an dieser Fähigkeit mangelte es der damaligen KPÖ-Führung am krassesten.

Dennoch erstarkte die Partei im Sog des Wiederanstiegs der revolutionären Welle, der ab Februar 1919 in den Industriezentren Österreichs offenkundig wurde und in den Monaten der Nachbarschaft Räteungarns (21. März bis 1. August 1919) den Höhepunkt erreichte. Binnen weniger Wochen stieg die Zahl ihrer Mitglieder von 3.000 im Februar 1919 auf 10.000 im März und 40.000 im Mai/Juni 1919. Allerdings waren die Grundorganisationen keineswegs gefestigt und die Partei nur in sehr wenigen

Februar 1919 gewann sie jedoch rasch wieder an Stärke und erreichte in den ersten Wochen der Nachbarschaft Räteungarns eine äußerst bedrohliche Dimension. Die Sozialdemokratie, seit dem November 1918 zur staatstragenden, führenden Partei in Österreich geworden und die wichtigsten Staatsämter in der Koalitionsregierung besetzt haltend (Staatskanzlei, Staatsämter für Äußeres, Inneres, Heerwesen und soziale Fürsorge), konnte aber nun zur Überbrückung der Kluft den ideologischen Einflussmöglichkeiten ein handfestes *materielles* Gegenstück beifügen: die großzügige Sozialgesetzgebung. Dabei fiel auf, dass jene legislativen Maßnahmen des von Ferdinand Hanusch verwalteten Staatsamtes für soziale Fürsorge, deren Inhalt am radikalsten war, genau in der Zeit der Existenz Räteungarns Wirklichkeit wurden.

Die Sozialgesetzgebung – Phase 1

Gewaltige Bedeutung für den Ausgang der österreichischen Revolution hatte die von der Sozialdemokratischen Partei forcierte Sozialgesetzgebung. Sie näher zu betrachten ist in einer Zeit, in der der Sozialabbau zum dominanten Merkmal des kapitalistischen Systems geworden ist und von den sozialdemokratischen Parteien überall mitgetragen wird, sehr lehrreich.

Die Spannung zwischen Sozialdemokratie und Arbeitermassen, die seit Jahresbeginn 1917 zutage getreten war und im Jännerstreik 1918 ihren Gipfel erreicht hatte, konnte von den Parteiführern, solange der Krieg anhielt und sie noch nicht an den Hebeln der Staatsmacht saßen, nur durch *ideologische* Mittel in Grenzen gehalten werden. Die Spannung war im Sommer 1918 zurückgegangen und im November 1918 und in den ersten Wochen danach kaum mehr, und wenn, nur latent, vorhanden. Ab



Die sozialpolitischen Vollzugsanweisungen begannen zwar schon im November 1918 in reichlichem Maß zu fließen, sie waren aber noch nicht so geartet, dass sie die Lage der Arbeitermassen effektiv zu verbessern vermochten. Die am 6. November 1918 beschlossene staatliche Arbeitslosenunterstützung⁹, gewiss eine bedeutsame Errungenschaft im Grundsätzlichen, konnte bei einer Höhe von täglich 6 Kronen (plus einer Krone Familienzulage) angesichts der teuren und oft ganz fehlenden Lebensmittel die Not einer österreichischen Arbeiterfamilie bestenfalls geringfügig lindern, aber weder die Unzufriedenheit beseitigen noch die rasch anschwellende Zahl der Arbeitslosen senken. Die Einführung des Achtstundentages¹⁰, zunächst beschränkt auf die fabrikmäßig betriebenen Unternehmungen, wäre unter anderen Umständen eine gewaltige, sofort wirksame Verbesserung der Lage der ArbeiterInnen gewesen, konnte aber in einer Zeit, da der Mangel an Kohle und Rohstoffen vielen österreichischen Fabriken nicht mehr als drei Arbeitstage in der Woche gestattete, vorerst nur wenig spürbar sein.¹¹ Eine Dämpfung der Krise gelang durch diese beiden Vollzugsanweisungen, die wichtigsten der „frühen Periode der Notmaßnahmen“¹², jedenfalls nicht.

Weitere Sozialmaßnahmen der Monate November 1918 bis März 1919 waren: Die Einführung der Arbeitsvermittlung¹³; die Wiederherstellung der Sonn- und Feiertagsruhe in Gewerbebetrieben¹⁴; die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf Angestellte¹⁵ und auf Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft¹⁶; die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Heimarbeit¹⁷ und bei der Kinderarbeit¹⁸ (gänzliches Verbot vor dem vollendeten zwölften

Lebensjahr); die Beseitigung des „Arbeitsbuches“¹⁹ und die Verbesserung der Krankenversicherung für Arbeiter.²⁰ Dazu kamen Maßnahmen zur Eindämmung der Wohnungsnot: der sehr weitreichende Mieterschutz mit Kündigungsverbot und Mietzinsstopp, der die Hausherrenrente faktisch nullifizierte²¹; die Vollzugsanweisung über die Wohnungsanforderung, wonach die Gemeinden das Recht bekamen, leerstehende Wohnungen, Zweitwohnungen und Zimmer in Groß- und Luxuswohnungen, die nicht benützt wurden, Obdachlosen zuzuteilen²²; und die Anforderung privater Liegenschaften für öffentliche Zwecke, nach der der Staat, das Land oder die Gemeinde Objekte, die während des Krieges z.B. der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen gedient hatten, nun öffentlichen Fürsorgezwecken zuführen durfte.²³

Die Sozialgesetzgebung – Phase 2

Dann kam der revolutionäre Aufschwung des Frühjahrs 1919, der sich auf dem Gebiet der Sozialpolitik als „Periode der Radikalität“ widerspiegelte. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Nachbarschaft der Räterepubliken in Ungarn und München und der raschen Verabschiedung wirklich einschneidender Sozialgesetze war für jedermann sichtbar. Max Lederer, ein hoher Beamter des Hanusch-Staatsamtes, schrieb später: „Wollte man Ruhe und Ordnung bewahren und Verzweiflungsausbrüche hintanhalten, so musste man wenigstens auf sozialpolitischem Gebiet das Möglichste vorkehren. Von diesem Gebot der Stunde machte Hanusch reichlichsten Gebrauch.“²⁴

Příbram schrieb: „Der Druck der sozialrevolutionären Forderungen, die, vielfach von außen her (aus Bayern und na-

mentlich aus Ungarn), in die Arbeiterschaft getragen wurden, gewann sehr rasch eine derartige Bedeutung, dass es unvermeidlich zu sein schien, ihnen durch Versuche einer Reform der Wirtschaftsordnung Rechnung zu tragen.“²⁵

Hanusch selbst sagte am 17. Dezember 1919 in der Nationalversammlung: „Hätte das Ministerium für soziale Verwaltung seine Arbeit nicht so vorausblickenderweise organisiert, ich wüsste nicht, wie wir durch die Klippen hätten steuern können, als es in Budapest und München eine Diktatur gab. / Nur unsere soziale Gesetzgebung war es, die den Arbeitern Vertrauen in diesen Staat und seine Regierung gab; ihr ist der Widerstand gegen die Versuchung zu danken, dieselben Wege wie in Bayern und Budapest auch hier einzuschlagen.“²⁶

Die „radikale Periode“ begann am 14. März 1919 mit dem Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung²⁷, in dem der Grundsatz der Enteignung von Wirtschaftsbetrieben „zugunsten des Staates, der Länder und der Gemeinden aus Gründen des öffentlichen Wohles“ verkündet wurde. Am 25. April 1919 erschien ein Gesetz über die staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und -weisen²⁸, das monatliche Renten in der Höhe von 110 bis 350 Kronen, unentgeltliche Heilbehandlung und Beteiligung mit orthopädischen Behelfen, Krankengelder und unentgeltliche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung der Erwerbstätigkeit vorsah.²⁹ Dieses Gesetz führte fast augenblicklich zu einer Befriedung der großen Zahl der Invaliden, die nun den Protestkundgebungen und Demonstrationen weitgehend fernblieben. Am 14. Mai wurde das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche in gewerblichen Betrieben verankert.³⁰

Ebenfalls am 14. Mai erließ Hanusch eine Vollzugsanweisung, die hart an die Grenzen des „freien Unternehmertums“ vorstieß. Es war die Anweisung über die zwangsweise „Einstellung von Arbeitslosen in gewerbliche Betriebe“.³¹ Danach war jeder Gewerbeinhaber, der mindestens 15 Arbeiter oder Angestellte beschäftigte, verpflichtet, ab 19. Mai 1919 Arbeitslose einzustellen und seine Belegschaft um 20 Prozent aufzustocken. Ohne Erlaubnis der industriellen Bezirkskommission durfte er diesen Stand nicht wieder verkleinern. Mit der Verordnung wurde versucht, einen allmählichen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen und einen Teil der Lasten für die Arbeitslosigkeit auf die Unternehmer zu überwäl-

zen, da nun die Entlassung der Arbeiter der Willkür der Fabrikherren entzogen war.³² In der Tat begann ab Mitte Mai 1919 die Arbeitslosigkeit in Österreich wieder zu sinken, vorerst leicht (vom 1. Mai = 186.030 bis 1. Juni = 170.682), dann schneller (1. August = 133.362, 1. Oktober = 112.347, 22. November = 87.266).³³ Obwohl dafür in erster Linie die allgemeine Wirtschaftsentwicklung verantwortlich war und die Anweisung über die zwangsweise Einstellung nur zu einem kleinen Teil beitrug, hatte sie auf die erregte Stimmung der Arbeitslosen eine dämpfende Wirkung.

Tags darauf, am 15. Mai 1919, kam das Betriebsrätegesetz³⁴, die wohl bedeutendste legislative Maßnahme der Hanusch-Ära und das einzige Gesetz, das im Rahmen der groß angelegten Sozialisierungsvorbereitungen und -versprechungen reale Bedeutung erlangte. Die im Vergleich zu analogen Gesetzen anderer Länder verhältnismäßig großen Rechte, die der Betriebsrat in Österreich erhielt, waren eine Frucht der revolutionären Krise und des Drängens der Sozialdemokratischen Partei, die über das Sprachrohr des Arbeiterrats in drohendem Ton die Demokratisierung der Betriebsverfassung forderte. Die Kompetenzen des Betriebsrats überschritten jedoch *nicht* die Schwelle des mit der Freiheit des privatkapitalistischen Unternehmertums Vereinbaren, und Hanuschs Prophezeiung, wonach das Betriebsrätegesetz den „Übergang zum Sozialismus“ bedeute³⁵, bewahrheiteten sich nicht.

Am 30. Mai 1919 folgte das Gesetz über die „Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten“³⁶, besser bekannt unter der Bezeichnung „Schlössergesetz“. Der Staat konnte Schlösser, Paläste und Luxuswohngebäude in Anspruch nehmen, um in ihnen Sanatorien für Kriegsbeschädigte, Tuberkuloseheilstätten und Heime für Waisen und hungernde Kinder einzurichten. Die Enteignung der bisherigen Eigentümer erfolgte entschädigungslos, wenn die Gebäude Kriegsgewinnlern gehörten oder der Besitzer nach der Revolution ins Ausland geflohen war.³⁷ Das Gesetz traf vor allem die Habsburgerdynastie und den Hochadel und bedeutete, vom sozialen Zweck abgesehen, für die vom Krieg am härtesten Betroffenen eine moralische Genugtuung.

Am 30. Juli 1919 verabschiedete schließlich die Nationalversammlung das Arbeiterurlaubsgesetz³⁸, das jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin nach einem Jahr ununterbrochenen Dienstverhältnisses eine Woche *bezahlten* Urlaubs zubil-

ligte. Nach fünf Jahren ununterbrochener Beschäftigungsdauer stieg der Urlaubsanspruch auf zwei Wochen. Jugendliche unter 16 Jahren genossen schon nach dem ersten Arbeitsjahr zwei Wochen Urlaub.

Die Sozialgesetze ergänzten politische Akte, die den in den Arbeitermassen tief verwurzelten antimonarchistischen und antifeudalen Stimmungen Rechnung trugen. Nachdem Exkaiser Karl am 24. März Österreich fluchtartig verlassen hatte, erließ die Regierung nach Beschluss des Parlaments am 3. April 1919 das Gesetz über die Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen, das alle Herrscherrechte der Dynastie für immerwährende Zeiten aufhob und den hofärarischen Besitz in das Eigentum der Republik überführte.³⁹ Am gleichen 3. April wurden die Vorrechte des Adels abgeschafft, die weltlichen Ritter- und Damenorden aufgehoben und die Führung von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden untersagt.⁴⁰ Am 25. April 1919 wurden der 12. November „zum immerwährenden Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich“ sowie der 1. Mai zu allgemeinen Ruhe- und Feiertagen erklärt.⁴¹

Bedenkt man, dass das alles in einer Zeit geschah, in der man von der „unwiderstehlich vormarschierenden Sozialisierung“ sprach, in der sogar der christlichsoziale Vizekanzler Jodok Fink am 21. Mai 1919 in einer Regierungserklärung ankündigte, dass man Privatunternehmen des Kohlenbergbaus, des Kohlen Großhandels, der Eisenerzgewinnung und Rohstahlerzeugung, der Elektrizitätswirtschaft, der Holzindustrie und des Holzgroßhandels enteignen und in den Besitz gemeinwirtschaftlicher Anstalten überführen werde⁴², so wird klar, dass die Sozialgesetzgebung jenen Erfolg brachte, den die Sozialdemokratie erhoffte. Sie zeigte den Arbeitermassen, dass gewaltige, in Umfang, Intensität und Radikalität bisher nicht da gewesene Errungenschaften auf friedlichem Weg, durch Reformen, möglich waren. Die Alternative der Kommunisten, die ganze Macht zu erobern und sie in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zu legen, schien demgegenüber nichts als härtesten Kampf, Bürgerkrieg und blutige Auseinandersetzung mit dem Klassengegner und der waffenstarrten Entente anzubieten.

Die Sozialgesetzgebung – Phase 3

Nach der Niederwerfung Räteungarns Anfang August 1919 gingen die Initiativen für weitere Sozialgesetze beziehungsweise rasch zurück. Zwei Voll-

zugsanweisungen, die über die Arbeitslosenunterstützung und den Achtstundentag, verloren ihren provisorischen Charakter und wurden gesetzlich verankert, wobei das Arbeitszeitgesetz nunmehr auch kleingewerbliche Betriebe, Eisenbahn, Post, Banken, Rechtsanwaltskanzleien usw. erfasste.⁴³ Nach dem am 18. Dezember 1919 erlassenen Gesetz über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge⁴⁴ folgte am 26. Februar 1920 nur noch ein wichtiges Gesetz, die Errichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte.⁴⁵ Dann war die Periode sozialpolitischer Konzessionen der österreichischen Bourgeoisie an die Arbeiterklasse zu Ende, und was mit den groß angekündigten Sozialisierungsplänen geschah, ist zur Genüge bekannt.⁴⁶

Es steht aber fest, dass Österreich in den Jahren 1918 bis 1920, was Modernität und Dichte des Netzes der Sozialpolitik betraf, zu einem der führenden Länder unter den kapitalistischen Industriestaaten der Welt wurde, und die Sozialgesetzgebung das bei weitem positivste Ergebnis der österreichischen Revolution war.

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und KPÖ im Arbeiterrat

Politisch verfolgte die österreichische Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten eine Linie, die sich von der in Deutschland eines Ebert, Scheidemann, Noske usw. deutlich abhob: die Strategie der möglichst *gewaltlosen* Bändigung der „Gefahr von links“.

Anfang März 1919 entschloss sich die Sozialdemokratische Partei unter dem wachsenden Druck der radikalisierten Arbeitermassen, das Organisationsstatut des Arbeiterrats zu ändern, ihn für die Kommunisten zu öffnen und allgemeine Wahlen in die Orts-, Bezirks- und Landesarbeiterräte auszuschreiben. Dabei ging sie von sehr konkreten politischen Erwägungen aus, von denen gleich die Rede sein wird. Die sich über den April, Mai und teilweise noch Juni 1919 hinziehenden Wahlen in die Arbeiterräte, die in ganz Österreich an die 870.000 Werktätige, davon in Wien 480.000, mobilisierten, erbrachten für die KPÖ einen Stimmenanteil von fünf bis maximal zehn Prozent.⁴⁷ Dieses Ergebnis war in erster Linie den Erfolgen in der Wählergruppe der Arbeitslosen und Invaliden geschuldet; bei den Beschäftigten der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe lag der Anteil der Kommunisten nur an der Vier- bis Fünf-Prozentmarke.

Die erdrückende Majorität der österreichischen Arbeiterschaft bekannte sich also auch am Höhepunkt der revolutionären Krise im Frühjahr 1919 zu ihrer angestammten Partei, zur Sozialdemokratie. Sie tat das allerdings nicht deshalb, weil sie deren Vorgangsweise unterstützte, mit den Christlichsozialen in der Regierung zu koalieren und auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung zu verharren, sondern weil sie erwartete, davon überzeugt war und darauf vertraute, nur unter ihrer Führung, und nicht unter der der jungen und unerfahrenen Kommunistischen Partei, zum Sozialismus gelangen zu können.

Die politische Quintessenz des Ausbaus des Arbeiterrats zu einem „Parlament der gesamten Arbeiterklasse“ war, mit den Kommunisten Kontakt zu halten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie, wenn möglich, auf die sozialdemokratische Linie des „Abwartens“ und „Gewehr-bei-Fuß-Stehens“ zu bringen, sie von der Perspektivlosigkeit des Experiments einer Räterepublik zu überzeugen, und, wenn dies nicht gelang, *mit Mehrheitsbeschlüssen niederzustimmen*. Gerade in den Monaten der Nachbarschaft Räteungarns wurde von den sozialdemokratischen Führern mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, dass für alle die österreichische Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit berührenden Fragen nicht Parteien oder Gewerkschaften, sondern der *Arbeiterrat* die einzig zuständige und entscheidungsberechtigte Körperschaft sei. Dass der Arbeiterrat nach erfolgter Organisationsreform, nach der Öffnung für alle sozialistischen Parteien und Gruppierungen⁴⁸, nach der Einführung der freien und demokratischen Wahl der Mandatäre ein solches repräsentatives und Autorität besitzen

des Forum war, das konnten auch die Kommunisten nicht bestreiten. Um also ihr Ziel, alle Macht im Staat in die Hände der Räteorgane zu legen, zu erreichen, musste die KPÖ nach der inneren Logik dieser neuen proletarischen Institution danach trachten, durch hartnäckigen politischen Kampf, tägliche Propaganda und ideologische Aufklärungsarbeit die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen für sich zu gewinnen und die Majorität im Arbeiterrat zu erobern. Da dies aus einer Reihe von objektiven und subjektiven Gründen nicht gelang, sahen sich die Kommunisten mit einer Situation konfrontiert, in der jeglicher Versuch, die Schwelle des sozialdemokratischen Reformismus zu überschreiten, vor den Massen als „Missachtung der Beschlüsse des Arbeiterrats“ und „Bruch der proletarischen Disziplin“ gebrandmarkt werden konnte. Dieses Dilemma wurde von den austromarxistischen Führern bis zum Letzten ausgenutzt. Friedrich Adler sagte auf dem Salzburger Parteitag 1924, der den Beschluss über die Auflösung der Arbeiterräte fasste: „Manche Genossen glauben (...), es war eine besondere Schlaueheit und taktische Geschicklichkeit, mit der wir die Kommunisten dazu gebracht haben, immer wieder eine Niederlage nach der anderen zu erleiden. Aber das ist nicht die Geschicklichkeit einer Person, sondern der *Erfolg eines Prinzips*; die Kommunisten waren gezwungen, sich im Rahmen der *proletarischen Demokratie den Beschlüssen der Mehrheit* der Arbeiterklasse zu unterwerfen.“⁴⁹

Zum „Erfolg eines Prinzips“ konnte die sozialdemokratische Politik im Arbeiterrat – und in der österreichischen Revolution überhaupt – allerdings nur werden, weil die Parteiführer ihr Endziel

als mit dem der Kommunisten deckungsgleich hinstellten, weil auch sie den radikalisierten Arbeitermassen 1918/19 versprachen, sie zum *Sozialismus* zu führen.

Sozialdemokratie und Sozialismus


Bei aller Vielfalt reformistischer Konzeptionen und Lehren kann ihr eigentliches Wesen in der Hauptsache auf zwei Schattierungen zurückgeführt werden: 1. Reformisten, die Reformen als allein wirksame Methode zur *völligen* Umgestaltung der Ausbeuterordnung, als Mittel, um den Sozialismus zu erreichen, betrachten, und 2. Reformisten, die sich keine sozialistischen Ziele setzen, sondern einzig die Verbesserung der Lage der „sozial Benachteiligten“ zum Anliegen erklären und hierbei Reformen als Allheilmittel gegen sämtliche Gebrechen des Kapitalismus ansehen.

Die österreichische Sozialdemokratie war seit ihrer Wende zum Zentrismus, der auf dem Kriegsparteitag im Oktober 1917 vollzogen wurde, bis zu ihrem Untergang im Februar 1934 entschieden eine reformistische Partei des *ersten* Typs.

Das kam in der österreichischen Revolution mit besonderer Durchschlagskraft und enormer Massenwirkung zum Tragen. Dazu nur ein Beispiel:

Am 1. März 1919 hielt der Parteivorsitzende der österreichischen Sozialdemokratie, Karl Seitz, auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte das Eröffnungsreferat. Darin stellte er den Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als bloß taktische Meinungsverschiedenheit hin, die ausschließlich das Problem der Beurteilung des *Tempos* der Entwicklung zum Sozialismus, nicht aber das sozialistische *Endziel* betreffe. Während die Kommunisten „sofort“, „über Nacht“ und „mit Gewalt“ den Sozialismus zu erringen suchten, sei die Sozialdemokratie der Auffassung, dass diese Entwicklung „einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen wird“. Dann ließ Seitz folgende Worte fallen: „Bei reicher Vorratswirtschaft, bei gefüllten Speichern, mit Menschen in voller Arbeitskraft *wäre der Sozialismus eine Frage der kürzesten Zeit* (...) Trotzdem und alledem (...) – wir müssen *heute* den Weg beschreiten, wir müssen anfangen, *den Sozialismus zu verwirklichen*.“⁵⁰

Die Sozialdemokratie hat den Werktätigen in der österreichischen Revolution also nicht gesagt, dass es bei der bürgerlich-kapitalistischen Staatsordnung bleibt, sondern ihnen versprochen, sie zum Sozialismus zu führen. Anders hätte



Widerstand der sich gelohnt hat
Rudolf Haunschmid

R: Simon Loidl und Peter März, Laufzeit ca. 44 min, Ö 2008

Rudolf Haunschmid war Widerstandskämpfer, langjähriger Gewerkschafter und Gemeinderat der KPÖ in Linz. In dieser vom KZ-Verband/VdA Oberösterreich produzierten DVD erzählt er über sein Leben und seine Tätigkeit im Widerstand und gegen das Vergessen.

Die DVD kann zum Preis von 10.– Euro über den KZ-Verband bezogen werden (www.kzverband-ooe.at).

Widerstand der sich gelohnt hat.
Rudolf Haunschmid

KZ-Verband/VdA OÖ

sie damals keinen einzigen Tag ihren Masseneinfluss behalten können. Zudem versicherte sie, dass ihr Weg zum Sozialismus sicherer, bedachter, realistischer sei und viel weniger Opfer abfordern würde als der von den Kommunisten vorgezeichnete.⁵¹ Dass das nicht nur Gerede war, dass Austromarxisten wie Otto Bauer, Max Adler, Friedrich Adler und andere den Sozialismus wollten und fest von der Richtigkeit ihres Rezepts überzeugt gewesen sind, kann ebenso wenig bestritten werden wie die Tatsache, dass jede soziale Revolution Wagnisse und Risiken in sich birgt.

Hier liegt die tiefste *massenpsychologische* Wurzel für den Erfolg des Reformismus und für das Scheitern der Bemühungen der KPÖ, zu einer Räterepublik zu gelangen. Denn vor die Wahl gestellt, ein Ziel friedlich oder durch härtesten Kampf zu erreichen, wird nur in Ausnahmefällen eine Mehrheit die vermeintlich mühelosere Alternative verwerfen. Die überwältigende Majorität der österreichischen ArbeiterInnen folgte daher 1918/19 dem von der Sozialdemokratie angebotenen Weg und lehnte den der Kommunisten, der ein blutiges, gewaltige Opfer kostendes Ringen mit den in- und ausländischen Klassegegnern verhiess, ab. Erfahrungen mit den „dritten Wegen“ hatte man 1918/19 noch keine, und die bis dahin sichtbaren Resultate sozialdemokratischer Strategie (demokratische Rechte, soziale Gesetzgebung, „rote“ Volkswehr, starke Stellung des Arbeiterrats, Ankündigung der Sozialisierung der Großindustrie usw.) übertrafen die negativen Begleiterscheinungen der österreichischen Revolution, die von den Arbeitern mit Unbehagen registriert wurden, noch bei weitem. Die Arbeitermassen konnten damals nicht wissen, dass die Wahlmöglichkeit in Wirklichkeit nicht die zwischen zwei Wegen zum Sozialismus war, sondern die zwischen Sozialismus und Erhaltung der bürgerlichen Ordnung.

Wissen hätten es allerdings die sozialdemokratischen Führer müssen, die die Schriften von Karl Marx (auf die sie sich als Richtschnur ihrer Politik ja immerhin beriefen) in- und auswendig kannten und denen dessen Lehren, wie in revolutionären Zeiten vorzugehen ist und was man auf keinen Fall verabsäumen darf, nicht unbekannt waren, vor allem nicht die von Marx als Schlüsselfrage jeder Revolution bezeichnete Frage der Macht.

Otto Bauer bestätigte die Folgen der Missachtung dieses Prinzips, als er im Jahr 1930 in resignierendem Ton

schrrieb: „Wir konnten 1919 die kapitalistische Produktionsweise, *die sich rings um uns in der Welt behauptete*, nicht gerade in Österreich überwinden. *So blieb der Bourgeoisie die ökonomische Macht*. Diese ‚ökonomische Macht‘ wurde in Gestalt des Einflusses der kapitalistischen Presse und der von ihr erzeugten ‚öffentlichen Meinung‘ auf die Wählermassen, in Gestalt des Einflusses der Wahlfondsspenden der kapitalistischen Organisationen für die bürgerlichen Parteien und der Subsidien der kapitalistischen Organisationen für die Heimwehren, in der Gestalt des großindustriellen Betriebsterrors wirksam (...) *Auf der Grundlage der bürgerlichen Produktionsweise musste die bürgerliche Herrschaft wiedererstehen.*“⁵²

Im Jahr 1919 hatte Otto Bauer noch festgestellt, dass damals die Entwicklung in Europa zum Sozialismus hin „überaus hoffnungsvoll“ gewesen sei, in Deutschland die „Arbeitermassen stürmisch nach der Sozialisierung drängten“, in Ungarn eine Räterepublik entstand, in der Tschechoslowakei und in Polen „große Agrarreformen, die Enteignung des großen Grundbesitzes angekündigt“ worden sei und auch im Lager der Entente Bewegungen bemerkbar wurden, „die den Ausbruch einer sozialen Revolution in den Bereich des Möglichen zu rücken schien.“⁵³ Der Kapitalismus behauptete sich 1919 weder in noch rings um Österreich ohne Erschütterung, sondern befand sich in einer tiefen Existenzkrise und war in Sowjetrußland und Ungarn bereits durchbrochen.

Das politische Handeln der großen Sozialdemokratie in der österreichischen Revolution hatte daher ein ganz anderes Gewicht als das der kleinen Kommunistischen Partei und muss daher auch anders bewertet werden. Wenn die Sozialdemokratie die Durchsetzung der bedeutenden demokratischen und sozialen Erregenschaften in der österreichischen Revolution als Verdienst für sich beanspruchen durfte, so trug sie auf der anderen Seite aber auch die Hauptverantwortung für das, was 1918/19 unterlassen wurde und bekanntlich schwerwiegende negative Folgen zeitigte.

Dennoch: Wir haben mit der österreichischen Revolution von 1918/19 eine historische Tradition vor uns, die wahrlich der Erinnerung wert ist. Sie zeigt uns, wie viel unter bestimmten Voraussetzungen möglich und erreichbar ist, wenn sich die arbeitenden Menschen der Tugenden des Kampfes besinnen, ihrer Kraft innwerden. Die

Grundpfeiler von 1918/19 bieten mehr als jedes andere Gedenkdatum der österreichischen Geschichte für alle in unserem Land, denen wirkliche und nicht bloß geheuchelte Demokratie, denen gesellschaftlicher Fortschritt auch und gerade im Gegenwind von Sozialabbau, Neoliberalismus und imperialistischer Globalisierung am Herzen liegen, Objekte der Identifikation und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Anmerkungen:

1/ Der Autor hat zu dieser Frage bereits mehrere Arbeiten verfasst, von denen die wichtigsten genannt seien: Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919 = Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 7, Wien 1970; Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (= Europäische Perspektiven), Wien–Frankfurt–Zürich 1971; Zum Stellenwert der Massenbewegungen und Klassenkämpfe in der revolutionären Epoche 1917–1920, in: Geschichte als demokratischer Auftrag. Karl R. Stadler zum 70. Geburtstag, Wien–München–Zürich 1983; Der November 1918 – eine Revolution?, in: Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik. Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978 (= Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Band 9), hrsg. von Isabella Ackerl und Rudolf Neck, Wien 1986; Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924 (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien–Zürich 1987; Die Anfänge der Partei bis 1920, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987, 2. Aufl. 1989; Was hat uns der November 1918 heute zu sagen? Betrachtungen zum 70. Jahrestag der Gründung der Republik, Wien 1988.

2/ Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923; Neuauflage mit einem Geleitwort von Ernst Winkler, Wien 1965.

3/ Hans Hautmann, Die Arbeiterklasse: Das Erwachen des schlafenden Riesen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 1), in: *Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen*, 14. Jg., Nr. 1, März 2007; Hans Hautmann, Die Herrschenden: Auf der Suche nach Auswegen aus der Systemkrise (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 2), in: Ebenda, Nr. 2, Juni 2007; Hans Hautmann, Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 3), in: Ebenda, Nr. 3, September 2007; Hans Hautmann, Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4), in: Ebenda,

Nr. 4, Dezember 2007; Hans Hautmann, Dokumente zum Jännerstreik 1918, in: Ebenda, Nr. 4, Dezember 2007; Hans Hautmann, Jänner 1918 – Österreichs Arbeiterschaft in Aufruhr. Vortrag in der Veranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft zum Jännerstreik 1918 in Wien am 18. Jänner 2008: www.klahrgesellschaft.at/Referate/Hautmann_Jaennerstreik.html [3.3.2008].

4/ Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien–Frankfurt–Zürich 1968, S. 293.

5/ Adolf Merkl, Die Verfassung der Republik Deutsch-Österreich. Ein kritisch-systematischer Grundriss, Wien 1919, S. 2.

6/ Hans Kelsen, Die Verfassungsgesetze der Republik Deutsch-Österreich. Erster Teil, Wien 1919, S. 28.

7/ Friedrich Adler, Nach zwei Jahren. Reden, gehalten im November 1918, S. 14.

8/ H. Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung, a.a.O., S. 50.

9/ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (StGBL.), Jg. 1918, Nr. 20.

10/ Ebenda, Nr. 138.

11/ Fritz Rager, Das sozialpolitische Werk Ferdinand Hanusch', in: *Arbeit und Wirtschaft*, 1. Jg., Heft 20, Wien, Oktober 1923, S. 770f.

12/ Karl Pribram, Die Sozialpolitik im neuen Österreich, in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, Band 48, Jg. 1920/21, Tübingen, S. 615ff.

13/ StGBL. 1918, Nr. 18.

14/ Ebenda, Nr. 21.

15/ Ebenda, Nr. 32.

16/ Ebenda, Nr. 73.

17/ Ebenda, Nr. 140.

18/ Ebenda, Nr. 141.

19/ StGBL. 1919, Nr. 42.

20/ Ebenda, Nr. 86.

21/ Reichsgesetzblatt für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (RGBl.), Jg. 1918, Nr. 381 vom 26. Oktober 1918.

22/ StGBL. 1918, Nr. 22.

23/ Ebenda, Nr. 31.

24/ Max Lederer, Grundriss des österreichischen Sozialrechts, 2. Aufl., Wien 1932, S. 29.

25/ K. Pribram, a.a.O., S. 645.

26/ Protokolle der konstituierenden Nationalversammlung, 17. Dezember 1919, S. 1332ff. (Hervorhebungen H.H.).

27/ StGBL. 1919, Nr. 181.

28/ Ebenda, Nr. 245.

29/ Julius Braunthal, Die Sozialpolitik der Republik (= Schriftenreihe „12. November“, Nr. 3), Wien 1919, S. 36f.

30/ StGBL. 1919, Nr. 281.

31/ Ebenda, Nr. 268.

32/ O. Bauer, Die österreichische Revolution, a.a.O., S. 177.

33/ Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, 1. Jg., Wien 1920, S. 63.

34/ StGBL. 1919, Nr. 283.

35/ Zitiert bei: Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartprobleme, 1. Band, Wien 1951, S. 562.

36/ StGBL. 1919, Nr. 309.

37/ Otto Bauer, Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik (= Schriftenreihe „12. November“, Nr. 5), Wien 1919, S. 15.

38/ StGBL. 1919, Nr. 395.

39/ Ebenda, Nr. 209.

40/ Ebenda, Nr. 211.

41/ Ebenda, Nr. 246.

42/ *Arbeiter-Zeitung*, 22. Mai 1919, S. 3.

43/ StGBL. 1919, Nr. 581.

44/ StGBL. 1920, Nr. 16.

45/ Ebenda, Nr. 100.

46/ Siehe dazu: Erwin Weissel, Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich (= Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1976.

47/ H. Hautmann, Geschichte der Rätebewegung, a.a.O., S. 341ff.

48/ Laut dem neuen Organisationsstatut der Arbeiterräte vom März 1919 waren alle wählbar, die „in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassen-

kampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen“. Siehe: Die Arbeiterräte Deutschösterreichs. Organisationsstatut, Geschäftsordnung, Geschäftsbehandlung und Adressen der deutschösterreichischen Arbeiterräte, Wien o.J. (1921).

49/ Protokoll des sozialdemokratischen Parteitags 1924. Abgehalten in Salzburg vom 31. Oktober bis 3. November 1924, Wien 1924, S. 212. Hervorhebungen im Original.

50/ *Arbeiter-Zeitung*, Wien, 2. März 1919, S. 3 (Hervorhebungen H.H.).

51/ Wie die österreichische Sozialdemokratie „opferlos“ zum Sozialismus zu gelangen gedachte, wurde von Otto Bauer in einer Artikelserie in der *Arbeiter-Zeitung* im Frühjahr 1919 detailliert geschildert. Die Artikel wurden sogleich auch als Broschüre in Massenaufgabe verbreitet: Otto Bauer, Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919.

52/ Otto Bauer, Die Bourgeois-Republik in Österreich, in: *Der Kampf*, 23. Jg., Wien 1930, S. 199 (Hervorhebungen H.H.).

53/ Otto Bauer, Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik (= Schriftenreihe „12. November“, Nr. 5), Wien 1919, S. 3.

Neuerscheinungen



Peter Goller: **Otto Bauer – Max Adler. Beiträge zur Geschichte des Austromarxismus (1904–1938)**

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2008
(Quellen & Studien, Sonderband 9)
164 S., 10.– Euro, ISBN 978–3–9501986–4–5

Der Band 9 der von der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT herausgegebenen Reihe „Quellen & Studien“ erinnert mit Otto Bauer (1881–1938) und Max Adler (1873–1937) an zwei vor 70 Jahren verstorbene Exponenten des „Austromarxismus“, an deren Rolle

im reformistischen Hauptstrom der österreichischen Sozialdemokratie, an deren „dritte Wege“ („integraler Sozialismus“ bzw. „Linksozialismus“) und an deren widersprüchliche Funktion in marxistischen Theoriedebatten nach der Befreiung vom Faschismus.



Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse

Die Militarisierung der Europäischen Union und die österreichische Neutralität

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2008, 88 S., 5.– Euro

Mit Beiträgen von Heinz Gärtner, Erwin Lanc, Boris Lechthaler, Franz Leidenmühler, Ulrike Koushan/Elke Renner, Gerald Oberansmayr, Andreas Pecha und Manfred Sauer.

Der vorliegende Sammelband umfasst die Referate einer von der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT gemeinsam mit dem *Bildungsverein der KPÖ Steiermark* im Herbst 2007 in Graz und Wien durchgeführten Konferenz, die die Entwicklung der Europäischen Union zu einem Militärpakt und deren Vereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität analysierte.

Bezugsmöglichkeit: klahr.gesellschaft@aon.at

Marginalien zum 11. März 1938 im Burgenland

Die burgenländische Arbeiterbewegung am Vorabend des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich

MARTIN KRENN

Die politischen Entwicklungen des Jahres 1933 mit der per Staatsstreich durchgeführten Machtübernahme durch Dollfuß und dem kontinuierlichen Abdrängen der Institutionen der Arbeiterbewegung in die Illegalität, beginnend mit dem Verbot der KPÖ und des *Republikanischen Schutzbundes*, setzten die ersten, unzweideutigen Wegmarken des innenpolitischen Kurses des Austrofaschismus, dessen Ziel die völlige Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung war – bei dem gleichzeitigen Versuch, zu einem staatspolitisch arrangierten Übereinkommen mit den Nationalsozialisten zu finden.¹ Spätestens in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 zeigte sich das völlige Versagen dieser – von Seiten des Ständestaates nicht allein taktisch, sondern strategisch motivierten – Orientierung und bewog Schuschnigg zu ihrer Revision, indem er mit der Parole „Bis in den Tod Rot-Weiß-Rot“ auf direkte Konfrontation mit Hitler-Deutschland ging.² Damit wurden auch seitens der österreichischen Bundesregierung endlich die Grundlagen für eine breite Abwehrfront gegen den deutschen Faschismus geschaffen, wobei Schuschnigg trotz des Hervordrängens der Arbeiterbewegung aus der Illegalität³ bis zuletzt die größten Vorbehalte gegen ihre „offizielle“ Einbeziehung an den Tag legte.⁴ Parallel zu Wien war auch im Burgenland die Situation durch Unentschlossenheit und eine allgemeine Verunsicherung charakterisiert, was zusehends zur politischen Lähmung der Landesregierung führte⁵ und als der Hauptgrund anzusehen ist, dass diese sich erst buchstäblich fünf Minuten vor zwölf zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung entschied.

Die Situation im Burgenland am Vorabend des 11. März

Nach der am 9. März erfolgten Verkündung Schuschniggs, am 13. März eine Volksbefragung über die Unabhängigkeit Österreichs durchzuführen, fand über Vermittlung des ehemaligen Landesrates Ignaz Till, der mit Sylvester schon vor dem 9. März in Verbindung stand,⁶ noch in der Nacht vom 9. zum 10. März eine Besprechung im Landhaus von Eisenstadt statt, an der für die

burgenländische Landesregierung Landeshauptmann Hans Sylvester und die Landesräte Franz Strobl und Karl Posch teilnahmen, für die burgenländischen Sozialdemokraten bzw. Revolutionären Sozialisten⁷ Ignaz Till, der Eisenstädter Funktionär Lorenz Schöffbeck und die Brüder Oskar und Walter Sagl⁸ sowie für die Kommunistische Partei Ludwig Horvath,⁹ bis 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und noch Anfang 1933 als Vertreter der *Sozialdemokratischen Arbeiterjugend* (SAJ) in den Landesparteivorstand der burgenländischen Partei kooptiert.¹⁰

Diese Besprechung schließt an die Kontaktaufnahmen der Spitzen der burgenländischen Vaterländischen Front nach der Berchtesgadener Besprechung vom 12. Februar an, in der Absicht, die burgenländische Arbeiterbewegung dafür zu gewinnen, „an der Abwehr der Hitlergefahr mitzuwirken“.¹¹

Dem vorangegangen waren einzelne Versuche der burgenländischen Landesregierung, führende Persönlichkeiten der burgenländischen Arbeiterbewegung ins neue System einzubinden,¹² was mit Ausnahme des ehemaligen Schutzbundführers und Eisenstädter Vizebürgermeisters Paul Koller (nach 1945 wieder Vizebürgermeister von Eisenstadt, diesmal jedoch für die KPÖ) in die *Soziale Arbeitsgemeinschaft* (SAG) jedoch nicht gelang.¹³ Auch mit dem sich im Pressburger Exil befindenden ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser wurden diesbezüglich Gespräche geführt, die jedoch – in der Überlieferung Strobls – aufgrund der Auffassung Lesers, dieser Kampf wäre völlig aussichtslos, ergebnislos verliefen.¹⁴

Bereits im Juni des Jahres 1933, als der burgenländische Landtag zum ersten Mal nach mehr als halbjähriger Unterbrechung wieder zusammentrat, hatte die unbestrittene Führungspersönlichkeit der burgenländischen Sozialdemokratie den Austrofaschismus bzw. Mussolini-Faschismus als das eigentliche Übel und in Folge kausal verantwortlich für das Erstarken des Nationalsozialismus in Österreich betrachtet: „*Reichlich spät stellt sich die Regierung Dollfuß gegen den Nationalsozialismus. Mit mehr Elan hat man dagegen die Sozialdemokraten bekämpft und ihre Unterdrückung war*

das eigentliche Ziel. Pfierner hat im Burgenland genauso antisemitisch gesprochen, wie Dr. Goebbels in Berlin, wenn man aus Feigheit dies hier auch nicht offiziell deklariert [...]. Seit der Gründung dieser Republik hat das deutsch-österreichische Volk seine politische Selbstständigkeit, die ihm durch die Friedensverträge auferlegt wurde, immer als Fessel empfunden – mit wenigen monarchistischen Ausnahmen – und sich dagegen gewehrt, ein eigenes österreichisches Nationalgefühl aufkommen zu lassen.“¹⁵

Leser endet schließlich mit jenen Worten, die noch 1938 handlungsleitend und dafür verantwortlich sein sollten, dass sich die burgenländische Sozialdemokratie zu keinem Bekenntnis für ein unabhängiges Österreich durchringen konnte: „Wir wollen den ‚österreichischen Menschen‘ nicht.“¹⁶

Dass die Orientierung Sylvesters zur Sondierung der politischen Landschaft jedoch keineswegs auf die Arbeiterbewegung beschränkt blieb, zeigt die Unterredung, die er mit Portschy führte. Keineswegs stellte sich die Situation nach Berchtesgaden so dar, wie Richard Berczeller sie beschreibt: Sylvester hätte demnach gewusst, „dass nur noch eine Zusammenarbeit mit den illegalen Sozialisten eine geringe Chance bot“,¹⁷ um die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren. Dies ist schon allein darum fragwürdig, da Sylvester, der in seiner Studentenzeit derselben Verbindung wie der spätere nationalsozialistische Landeshauptmann Portschy angehörte,¹⁸ nach 1933 eindeutig dem radikalen Flügel der christlichsozialen Partei zuzuzählen ist, der nach der Dollfußschen Machtergreifung in Wien auch im Burgenland die Weichen für das diktatorische Regime stellte.¹⁹ Sylvester, der den Ernst der Lage im Gegensatz zu vielen seiner politischen Mitstreiter sehr wohl erkannte, nahm gleichzeitig zu ersten Gesprächen mit der Arbeiterbewegung Parallelverhandlungen mit Portschy auf, um mit ihm Modalitäten einer Einbeziehung der burgenländischen Nationalsozialisten in die Vaterländische Front zu diskutieren. Nach übereinstimmenden Angaben von August Ernst und Ursula Mindler, wobei letztere sich auf das Tagebuch von Portschy beziehen kann,

fand die besagte Unterredung in der Zeit zwischen dem 20. und dem 24. Februar 1938 in den Amtsräumen des Oberwarter Bezirkshauptmannes Dr. Kleinert statt.²⁰ Portschy wurde dabei von Sylvester ein Sitz in der burgenländischen Landesregierung angeboten, was dieser jedoch unter Berufung darauf ablehnte, dass die NSDAP die Existenz des Ständestaates insgesamt als illegal ablehnte.²¹

Unterschiedliche Positionen in der burgenländischen Sozialdemokratie

Unabhängig von den Aktivitäten auf Regierungsebene zeichnete sich die Situation innerhalb der burgenländischen Sozialdemokratie im ersten Jahresdrittel 1938 durch ein heterogenes Bild aus. Hier standen sich unterschiedliche Positionen gegenüber, wobei sich die Diskussionen um zwei Fragen drehten: ob und wie der Einmarsch Hitlers zu verhindern sei beziehungsweise unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie für ein Ja zur geplanten Volksabstimmung mobilisieren sollte. Um diese Positionen zu klären, wurde Ende Februar am Waldrand zwischen Pöttching und Sauerbrunn im Bezirk Mattersburg ein Funktionärs-treffen abgehalten, an dem, wie Robak sich erinnert, neben „Genossen aus Hornstein, Parndorf, Wulkaprodersdorf, Neufeld“, Eisenbahnern „aus der Gegend von Nickelsdorf und Zurndorf“ und südburgenländischen Funktionären aus dem Raum Tauchen (wo bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine der größten Industriensiedlungen des Burgenlandes bestand, die Tauchener Werke) noch Hans Bögl, Lorenz Schöffbeck, Josef Schwendenwein, Karl Schrödl und Stefan Billes aus Eisenstadt, Alexander Stangl und Heinrich Knotzer aus Pöttching, Josef Csech aus Neufeld und eine größere Steinbrunner Gruppe um Robak selbst teilnahmen.²² Bereits hier gingen die Ansichten weit auseinander, war „ein Teil [...] der Meinung, daß es einen Widerstand geben werde“ und wiederum andere davon „überzeugt, daß die Besetzung Österreichs nicht aufzuhalten

sei“.²³ Im Gegensatz zur Gruppe um Till und der in Wien mit Schuschnigg verhandelnden Delegation um Friedrich Hillegeist waren die Teilnehmer der Be-

wieder in die Privatsphäre.²⁸ Als Schuschnigg am Mittwoch, den 9. März 1938, die Volksbefragung ankündigte, stand es um die Mobilisierungsfähigkeit der SDAP bei Weitem nicht zum Besten. Zwar sagte Till in der Besprechung vom 9./10. März Sylvester zu, dass die Sozialdemokratie mit „Ja“ stimmen würde²⁹ – ob mit oder ohne die erfolgte Zusicherung der Legalisierung der verbotenen Institutionen der Arbeiterbewegung, lässt sich nicht eindeutig klären. Die Ausführungen Bögl's legen die Vermutung nahe, eine solche Zusicherung sei nicht erfolgt, während Vinzenz Böröcz in seinen Erinnerungen festhält, man habe „sich darauf geeinigt, daß, wenn die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten gut ausgehen sollte, die demokratischen Rechte, wie sie vor 1934 bestanden hatten, wiederhergestellt werden müßten“.³⁰ Berczeller jedenfalls schildert die Zusammenkunft auf der Grundlage eines Briefes, den Till ihm nach dem Krieg schrieb, wie folgt – auch ohne etwaige Zugeständnisse Sylvesters an die Arbeiterbewegung zu erwähnen:

„Sylvester richtete das Wort an Till. ‚Gibt es noch Schutzbündler im Burgenland?‘ – ‚Natürlich‘, sagte Till. – ‚Wir werden sie bewaffnen‘, sagte Sylvester. – ‚Nicht nötig, Herr Landeshauptmann‘, antwortete Till. ‚Sie haben Waffen.‘ – ‚Und wo sind sie?‘ – ‚Das werde ich Ihnen sagen, wenn wir wissen, daß sie gebraucht werden.‘ – ‚Gemeinsam mit den Landeschützen?‘ – ‚Mit jedem, der sie gegen die Nazis gebrauchen will‘, sagte Till.“³¹

In jedem Fall operierte Till mit Posten, die es in dieser Form nicht gab bzw. nicht zu aktivieren waren.

Letzte Versuche zur Mobilisierung der burgenländischen Arbeiterbewegung

Die Vaterländische Front stellte Geld und Fahrzeuge zur Mobilisierung der Mitglieder und Mitarbeiter von SDAP und KPÖ am Land zur Verfügung.³²



Ankündigung von Schuschniggs Volksabstimmung

sprechung der Überzeugung, dass „die Mitarbeit und Mitverantwortung breiterer Kreise der Sozialdemokraten nur dann zu erreichen war, wenn die Arbeiter auch zur Mitentscheidung herangezogen wurden“;²⁴ da aufgrund des generellen Misstrauens gegen Schuschnigg und die nach 1934 „zu Renegaten“ gewordenen ehemaligen Funktionäre der Sozialdemokratie diese „auf keinen Fall als die legalen Vertreter der burgenländischen Arbeiterschaft“ zu akzeptieren seien.²⁵

Die Zeit verging in Folge „mit Diskussionen und Kontaktaufnahmen mit verschiedenen Funktionären“;²⁶ mit der Zunahme der nationalsozialistischen Propaganda erlahmte der schwache Widerstandswille, der ohnehin nur prekär ausgeprägt war aufgrund des Eindrucks der Ereignisse von 1934 und dem Verlust der politischen Führer der Partei,²⁷ beinahe vollständig und flüchteten viele Mitglieder und Funktionäre endgültig

Auf dieser Grundlage wurden etwa von den Sozialdemokraten in aller Eile Propagandamaterialien gefertigt, die jedoch nicht ohne Vorbehalte waren und aufgrund ihrer offen thematisierten Abrechnung mit der Politik Dollfuß' und Schuschnigg kaum zur breiten Gewinnung der sozialdemokratischen Parteigänger Seite an Seite mit der ständestaatlichen Regierung taugten:

„Der kommende Sonntag“, heißt es in einem Flugblatt der *Revolutionären Sozialisten* in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der illegalen Parteikonferenz vom 10. März 1938,³³ „ist nicht der Tag, an dem wir mit dem österreichischen Faschismus abrechnen und dem autoritären Regime alle Verbrechen, die seit dem Februar 1934 an der österreichischen Arbeiterschaft begangen worden sind, heimzahlen [...]. Am kommenden Sonntag manifestieren wir unseren glühenden Haß gegen den Hitler-Faschismus.“³⁴

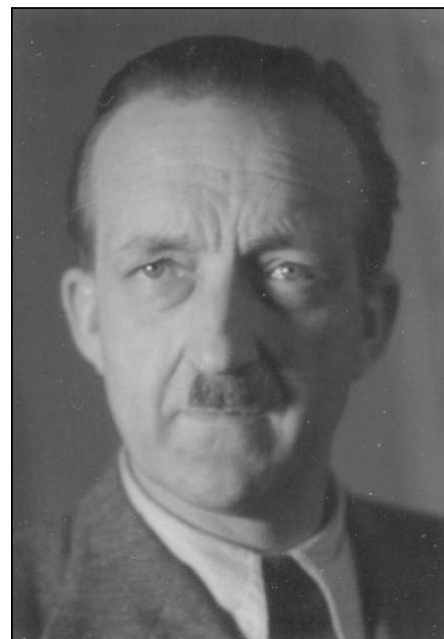
Im Gegensatz zur KPÖ, die in ihrem Aufruf vom 10. März 1938 ihrer Entschlossenheit Ausdruck verlieh, „mit allen Mitteln für ein freies, unabhängiges, demokratisches Österreich zu kämpfen“³⁵ und damit die theoretischen Abhandlungen Alfred Klahrs bzw. die sich daraus ergebenden politischen Schlussfolgerungen der KPÖ in Bezug auf eine breite nationale „Unabhängigkeitsfront“ antizipierte,³⁶ vermied das Flugblatt der Revolutionären Sozialisten einen affirmativen Bezug zu einem eigenständigen Österreich und verdeutlicht einmal mehr vor allem die Verbitterung über die arbeiterfeindliche Politik des Ständestaates, die im Burgenland – und daher auch die Nachfrage Sylvesters bei Till – im Führer der *Landeschützen*, Franz Strobl, sowie durch die Person Sylvesters selbst willfährige Exekutoren gefunden hatte.³⁷ Hans Bögl, der nach der Besprechung vom 9./10. März gebeten wurde, die sozialdemokratischen Mitglieder im Burgenland abzufahren und für eine positive Stimmabgabe zu gewinnen, war noch zu diesem Zeitpunkt unverändert der Meinung, dass „wir Sozialdemokraten nur dann bei der Volksabstimmung mit ‚Ja‘ stimmen sollten, wenn durch die Regierung die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit für die Sozialdemokratische Partei und ihre Organisationen zugesichert würde“³⁸ und vertrat diese Auffassung auch vehement während seiner Rundreise durchs Land,³⁹ die eigentlich den gegenteiligen Zweck erfüllen sollte.

Till jedenfalls koordinierte die Aktionen und den Einsatz der Funktionäre

vom Café Central in Eisenstadt aus,⁴⁰ nur wenige Schritte vom Gasthaus „Goldener Adler“ entfernt, wo Portschy sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte.⁴¹ Bögl fuhr „mit dem Motorrad [...] kreuz und quer durch das Burgenland und suchte Parteifreunde auf“⁴² (wenngleich, wie oben erwähnt, in etwas anderer Absicht...), Eugen Schneider, neben Vinzenz Böröcz, Otto Mödlagl und Ludwig Horvath der zentrale Funktionär der illegalen KPÖ im Burgenland, begab sich gemeinsam mit Schöffbeck und eben Horvath in die Arbeitergemeinden des Eisenstädter und Mattersburger Bezirkes, die Brüder Sagl suchten den Oberwarther Bezirk auf.⁴³ Etwas später stießen Böröcz und Mödlagl hinzu.

Vinzenz Böröcz, der in Breitenbrunn beheimatet war, wusste von der Unterredung bei Sylvester noch nichts und hatte erst am 10. März durch Propagandafahrzeuge der *Vaterländischen Front*, die durch seinen Ort fuhren, von der geplanten Volksabstimmung erfahren.⁴⁴ Er fuhr darum am 11. März in aller Frühe mit dem Rad nach Eisenstadt, um sich „mit Gleichgesinnten zu treffen und die neueste Lage mit ihnen zu besprechen“.⁴⁵ Dabei lief er Till in die Arme, der ihn über die jüngsten Entwicklungen in Kenntnis setzte, mit 500 Schilling ausgestattet und in den Bezirk Neusiedl schickte, wo er gemeinsam mit dem früheren Funktionär der Landarbeitergewerkschaft und ehemaligen Landtagsabgeordneten der SDAP Paul Rosenberger versuchte, ihre Kontakte in den Gemeinden und vor allem auf den Meierhöfen des Bezirks für die geplante Volksbefragung zu aktivieren.⁴⁶ In Neusiedl trafen sie auch auf Otto Mödlagl, der, aus Wien kommend, dort denselben Auftrag erhalten hatte. Sie teilten sich auf, wobei Böröcz und Rosenberger in den Seewinkel fuhren, „wo es auf den Gutshöfen aktive KPÖ-Gruppen gab“.⁴⁷

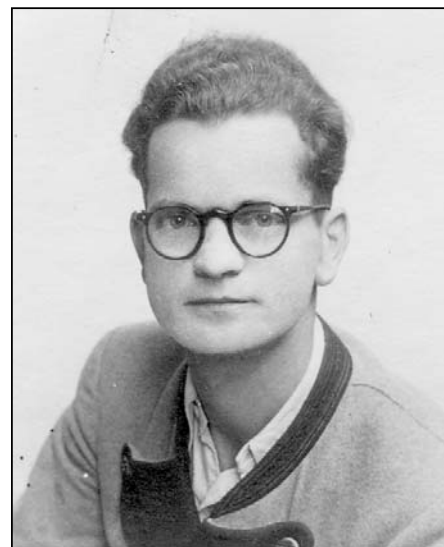
Die Aktionen verliefen mitunter konfus und geben ein Spiegelbild der Gesamtsituation dieser Tage ab.⁴⁸ Der Informationsfluss von oben nach unten fand spärlich bis gar nicht statt, unterschiedliche Direktiven kursierten. „Dem Landeshauptmann“, stellt Mikovits fest, „war die politische Führung bereits entglitten.“⁴⁹ Böröcz wurde im Neusiedler Bezirk von einem lokalen Kommandanten der *Ostmärkischen Sturmsharen*⁵⁰ daran gehindert, zu Straßenarbeiter zu sprechen; erst nach längerem Hin und Her und nach Rückfrage bei seinem Vorgesetzten wurde „dem Mann endlich klar, daß das



Otto Mödlagl (1899–1974)

Ansinnen eines Sozialdemokraten und eines Kommunisten [...] in dieser außerordentlichen Situation nichts Ungebührliches darstellte“.⁵¹

Ähnlich erging es Ludwig Horvath, der in Siegendorf auf Anzeige von Funktionären der *Vaterländischen Front* von der örtlichen Gendarmerie als Kommunist verhaftet wurde, die landesweit nicht darüber informiert war, dass die Kommunisten und Sozialisten mit dem Einverständnis des Landeshauptmannes agierten,⁵² und erst auf persönlichen Aufruf Sylvesters wieder entlassen wurde⁵³ – um schließlich, nach dem erfolgreichen nationalsozialistischen Putsch in den frühen Abendstunden des 11. März, abermals verhaftet zu werden und erst gegen die Abgabe einer Loyalitätserklärung sowie der Auflage, „das Geld, das er für die Werbefahrt für die Abstimmung am 13. März 1938 bei sich hatte,



Ludwig Horvath (1913–2003)



Vinzenz Böröcz (1915–1995)

in Raten abzahlen“⁵⁴ wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Horvath, der 1934 der illegalen Kommunistischen Partei beitrug und in der Zeit des Ständestaates im LIT-Apparat bzw. als Verbindungsmann für die KPÖ tätig war,⁵⁵ wurde nach seiner Verhaftung durch die Gestapo dieses Treffen als besonders „belastend“ vorgehalten,⁵⁶ was auch die Behauptung Berczellers widerlegt, dass „die Nazis von der Verhandlung offenbar nichts wußten“.⁵⁷ Diese waren vielmehr über die Ergebnisse der Verhandlungen vom 9./10. März recht genau instruiert. Im Mai 1938 berichtete die SD-Außenstelle Eisenstadt zudem an den SD-UA Wien, dass der ehemalige sozialdemokratische Landesrat Ignaz Till noch unmittelbar vor der NS-Machtübernahme versucht hätte, die Sozialdemokraten und Kommunisten vor allem in den nördlichen Bezirken des Burgenlandes zu organisieren und für eine Abstimmung pro Schuschnigg zu gewinnen.⁵⁸

Der 11. März

Die ganze Aktion geriet am 11. März in die Aufmärsche der Nazis, die sich bereits seit dem Morgengrauen, gestützt auf die Weisungen der Landesleitung der NSDAP, zur Machtergreifung rüsteten.⁵⁹ Der burgenländischen Gauleitung jedenfalls dürfte schon länger vor dem 11. März die Tragweite dieses Datums bekannt gewesen sein, wurden doch einerseits verschiedene Gauleitungsmglieder bereits zuvor in die einzelnen Bezirke delegiert, andererseits Dr. Groß, der Gaugeschäftsführer, nach Wien beordert, um als Verbindungsmann zur österreichischen Landesleitung der NSDAP direkt vor Ort über die kommenden Entscheidungen informiert zu werden.⁶⁰

Böröcz und Rosenberger entgingen

spätabends in Illmitz nur knapp dem Gelychtwerden durch SA-Männer, die zuvor an der Nazi-Kundgebung in Eisenstadt teilgenommen hatten.⁶¹ Bögl sprach noch am 12. März auf einer Versammlung in Siegendorf, wo man offenkundig noch nichts vom vorabendlichen Putsch Portschys im nachbarlichen Eisenstadt wusste, und erfuhr erst dort durch zwei Gendarmeriebeamte – die jedoch keine Anstalten machten, ihn zu verhaften – von den Ereignissen der letzten Stunden: „Resignation machte sich im Versammlungslokal breit. In Gruppen standen die Leute beisammen und diskutierten gedämpft über die Zukunft.“⁶² Diese Schilderung charakterisiert treffend das Stimmungsbild innerhalb der burgenländischen Sozialdemokratie, von der auch die SD-Außenstelle Eisenstadt an den SD-Unterabschnitt Wien meldete, sie habe sich „bei der Machtübernahme schweigend und zurückhaltend“ verhalten.⁶³

Nach dem erfolgreichen nationalsozialistischen Putsch – Portschy hatte sich in den frühen Abendstunden des 11. März zum Landeshauptmann ausgerufen, die Landesregierung für verhaftet erklärt und damit die erste nationalsozialistische Machtergreifung in einem österreichischen Bundesland besiegt⁶⁴ – schickte der wie die gesamte Regierung Portschy noch am 11. März 1938 vereidigte „Landesstatthalter“ Josef Palham uniformierte und bewaffnete SA-Gruppen aus, um im ganzen Land „die notwendigen Maßnahmen durchzuführen“.⁶⁵ Dazu gehörte vor allem die Besetzung der Gendarmerieposten durch die SA sowie die Übernahme der Polizei durch die SS. Nach bereits vorbereiteten Listen des SD begannen die Verfolgungen und Verhaftungen der politischen Gegner der Nationalsozialisten.⁶⁶

Anmerkungen:

1/ Vgl. West, Franz: Die illegale Arbeiterbewegung. In: Widerstand und Verfolgung im Burgenland. 1934–1945. Eine Dokumentation. Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1983, S. 19–21, hier S. 19.

2/ Rede von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg im Bundestag, 24.2.1938 [Auszug]. In: „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation. Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1988, S. 193–195.

3/ Vgl. West: Arbeiterbewegung, S. 21.

4/ Über die Gründe für diese Vorbehalte sowie die Nicht-Annahme Schuschniggs auch aller vor Berchtesgaden getätigten Initiativen (siehe hierzu etwa: „Anschluß“ 1938, S. 188ff.) gibt es un-

terschiedliche Deutungen. Göhring und Machacek vertreten die Auffassung, die Position Schuschniggs sei bis zuletzt von einer tiefen Ablehnung der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger Präferenz eines Ausgleichs mit dem Nationalsozialismus geprägt gewesen (vgl. Göhring, Walter; Machacek, Robert: Start in den Abgrund. Österreichs Weg zum Jahre 1938. Wien 1988, S. 11).

Holtmann steht auf der Position, Schuschnigg sei überhaupt bis fast zuletzt der Meinung gewesen, eine Gefährdung für das Land bestehe nicht. Entsprechend habe er die Überzeugung vertreten, „daß ein antinationalsozialistisches Bündnis mit der sozialistischen Arbeiterklasse weder möglich noch nötig sei“ (Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938. Wien 1978, S. 238).

Nach Junker soll Schuschnigg gar durch einen Abgesandten Mussolinis überzeugt worden sein, er könne noch 1938 mit Unterstützung Italiens rechnen (Junker, Helmut: Das publizistische Ringen um die Arbeiterschaft um die Arbeiterschaft im österreichischen Ständestaat (1933–1938). Eine Geschichte zur Geschichte und Technik der politischen Propaganda. Phil. Diss. Wien 1964, S. 259).

5/ Vgl. Schlag, Gerald: Der 12. März 1938 im Burgenland und seine Vorgeschichte. In: Burgenland 1938. Vorträge des Symposiums „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. (= Burgenländische Forschungen, Heft 73). Eisenstadt 1989, S. 96–111, hier S. 101.

6/ Vgl. ebd., S. 103.

7/ Otto Mödlagl erwähnt, es habe sich um eine Delegation der Sozialdemokraten gehandelt; Ludwig Horvath gibt an, es sei eine Abordnung der *Revolutionären Sozialisten* gewesen. Eine exakte Trennung ist hier im Nachhinein nicht möglich. In jedem Fall kam es zu keinem geschlossenen Übertritt der sozialdemokratischen Landesorganisation zu den *Revolutionären Sozialisten* nach 1934, wohl aber war es so, wie Richard Berczeller angibt, dass sich ganze Bezirksgruppen der SDAP nunmehr als Gruppen der *Revolutionären Sozialisten* verstanden (vgl. Berczeller, Richard; Leser, Norbert: ...mit Österreich verbunden. Burgenlandschicksal 1918–1945. Wien–München 1975, S. 272).

8/ Otto Mödlagl erwähnt als Teilnehmer der Besprechung nur Till und einen nicht weiter definierten „Sagl“. Vgl. Mödlagl, Otto: Burgenland im Ständestaat. In: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. (= Burgenländische Forschungen, Sonderband III). Eisenstadt 1971, S. 125–133, hier S. 133. Da Mödlagl nicht selbst Teilnehmer an der Sitzung war, kann hier durchaus der Darstellung

von Schlag Glauben geschenkt werden, der die anderen Namen ins Spiel bringt (vgl. Schlag: 12. März, S. 103). Jedoch schmälert sich der Aussagewert von Schlags Beitrag beträchtlich, da er gänzlich auf einen Anmerungsapparat [sic] verzichtet.

9/ Vgl. ebd.

10/ Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Ludwig Horvath: Lebenslauf, 10.7.1951.

11/ Vgl. Robak, Fritz: In den burgenländischen Dörfern. In: Danimann, Franz (Hg.): *Finis Austriae*. Österreich, März 1938. Wien 1978, S. 99–100, hier S. 99. Auszugsweise abgedruckt auch in: *Widerstand und Verfolgung im Burgenland*, S. 48–49.

12/ Schlag, Gerald: „Um Freiheit und Brot. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zu ihrer Verbannung in die Illegalität“. In: *Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs*. Herausgegeben von der SPÖ-Landesorganisation Burgenland. Eisenstadt 1989, S. 9–94, hier S. 83.

13/ Strobl, Franz: Im Landhaus von Eisenstadt. In: Danimann, Franz (Hg.): *Finis Austriae*. Österreich, März 1938. Wien 1978, S. 101–103, hier S. 101.

14/ Vgl. ebd., S. 101.

15/ Stenographische Protokolle des Burgenländischen Landtags. Bd. IV, S. 405ff.

16/ Ebd., S. 411.

17/ Berczeller, Richard; Leser, Norbert: ...mit Österreich verbunden. *Burgenlandschicksal 1918-1945*. Wien-München 1975, S. 106.

18/ Vgl. Fritsch, Otto: *Die NSDAP im Burgenland 1933–1938*. Phil. Diss. Wien 1993, S. 278. Fritsch beruft sich hier auf eine persönliche Mitteilung Portschs vom 22. Dezember 1988.

19/ Vgl. Unger, Günter Michael: *Die Christlich-sozialistische Partei im Burgenland*. Phil. Diss. Wien 1964, S. 249ff.

20/ Vgl. Mindler, Ursula: Tobias Portschy. *Biographie eines Nationalsozialisten. Die Jahre bis 1945*. (= *Burgenländische Forschung*, Bd. 92). Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. Eisenstadt 2006, S. 58f. sowie Ernst, August: *Zur Auflösung des Burgenlandes im Jahre 1938*. In: *Festschrift für Heinrich Kunert*. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. (= *Burgenländische Forschungen, Sonderheft II*). Eisenstadt 1969, S. 40–53, hier S. 40. Auf Ernst bezieht sich implizit auch Schlag: 12. März, S. 101, freilich wiederum ohne eine Quellenangabe zu verwenden, sowie explizit Schlag, Gerald: *Burgenland*. In: Weinzierl, Erika; Skalik, Kurt (Hg.): *Österreich 1918 bis 1938. Geschichte der Ersten Republik*. 2. Bd. Graz-Wien-Köln 1983, S. 747–800, hier S. 792 und S. 799.

21/ Vgl. Mindler: Portschy, S. 59.

22/ Robak: In den Dörfern, S. 99.

23/ Ebd.

24/ Ebd., S. 100.

25/ Ebd.

26/ Ebd.

27/ Vgl. Mikovits, Martina: *Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 im Burgenland*. In: *Burgenländische Heimatblätter*, 65. Jg. (2003), Heft 4, S. 181–216, hier S. 185.

28/ Ebd.

29/ Vgl. Schlag: 12. März, S. 103.

30/ Böröcz, Vinzenz: *Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy's gehörte*. (= *Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung*, Bd. 6). Wien 1995, S. 68.

31/ Berczeller: *Mit Österreich verbunden*, S. 277. Abgedruckt auch in *Widerstand und Verfolgung im Burgenland*, S. 48 sowie in Danimann: *Finis Austriae*, S. 96.

32/ Vgl. Mödlagl: *Burgenland im Ständestaat*, S. 133.

33/ *Beschluss der illegalen Parteikonferenz der RSÖ, 10.3.1938 [Auszug]*. In: „Anschluß“ 1938, S. 229.

34/ *Zit. nach Schlag: 12. März, S. 103f.*

35/ *Aufruf der KPÖ, 10.3.1938 [Auszug]*. In: „Anschluß“ 1938, S. 230.

36/ Mugrauer, Manfred: *Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“*. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens (Hg.): *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*. (= *Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung*, Bd. 32). Göttingen 2006, S. 41–76, hier S. 52f.

37/ Vgl. Unger: *Christlichsozialistische Partei*, S. 249.

38/ Bögl, Hans: *Burgenland. Ein Bericht zur Zeitgeschichte*. Wien 1974, S. 92.

39/ Vgl. ebd.

40/ Schlag: 12. März, S. 104.

41/ Vgl. ebd.

42/ Bögl: *Burgenland*, S. 92.

43/ Vgl. Schlag: 12. März, S. 104.

44/ Vgl. Böröcz: *Kampf*, S. 68.

45/ Ebd.

46/ Vgl. ebd., S. 69.

47/ Ebd., S. 70.

48/ Böröcz (ebd., S. 69) beschreibt dies so: „Der Tag versprach nichts Gutes, Gerüchte schwirren durch die Luft. Auf unserer Fahrt durch die Dörfer fanden wir die Menschen in Aufregung. Die Nazis, die aus der Illegalität hervortraten, [...] rüsteten sich zum Marsch nach Eisenstadt, wo sie eine Kundgebung vor dem Landhaus planten, um die Einsetzung einer nationalsozialistischen Landesregierung zu erreichen. Zwischen Bruck und Neusiedl trafen wir eine Kolonne des Bundesheeres, deren Ziel uns unbekannt blieb.“

49/ Mikovits: *Volksabstimmung*, S. 185.

50/ Die *Ostmärkischen Sturmcharen* wurden am 7.12.1930 in Innsbruck gegründet und rekrutierten sich als in Opposition zur Heimwehr stehende Wehrformation zuerst aus der Katholischen Jugend, später aus Gesellen- und Lehrerorganisationen. Vgl. <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclp.o/0849650.htm> [4.9.2008].

51/ Böröcz: *Kampf*, S. 69f.

52/ Vgl. Deltl, Andrea Christine: *Die NS-Verfolgungen im Burgenland 1938*. Diplomarbeit Universität Wien 1998, S. 14. Deltl bezieht sich hier auf ein von ihr am 7.9.1997 geführtes Gespräch mit Ludwig Horvath.

53/ Vgl. Schlag: 12. März, S. 104.

54/ Deltl: *NS-Verfolgungen*, S. 70. Deltl bezieht sich auf ein mit Horvath am 7.9.1997 geführtes Gespräch.

55/ Ebd.

56/ Ebd.

57/ Berczeller: *Mit Österreich verbunden*, S. 127.

58/ Vgl. Mikovits, Martina: *Plebiszitäre Politik im autoritären und im totalitären Staat. Studien zur österreichischen Volksbefragung und zur deutschen Volksabstimmung März/April 1938*. Phil. Diss. Wien 2002, S. 80.

59/ Vgl. Mindler: *Portschy*, S. 60f.

60/ Vgl. Fritsch: *NSDAP*, S. 276.

61/ Vgl. Böröcz: *Kampf*, S. 71 sowie Erlebnisbericht von Vinzenz Böröcz, „Wie ich im März 1938 die Besetzung Österreichs erlebte“, 1987 [Auszug]. In: „Anschluß“ 1938, S. 282–283.

62/ Bögl: *Burgenland*, S. 93.

63/ *Zit. nach Wilhelm: Plebiszitäre Politik*, S. 80.

64/ Vgl. Mindler: *Portschy*, S. 60ff.; Schlag: 12. März, S. 106ff.

65/ *Zit. nach Wilhelm: Plebiszitäre Politik*, S. 79.

66/ Siehe hierzu die Aktenbestände aus dem Burgenländischen Landesarchiv, Landesregierungsarchiv, Polizei I–A, 131/1938 sowie die DÖW-Akten 1730, 1740, 1746, 12541, 12540.



Über die zweimalige Emigration von Samuel Mitja Rapoport aus Wien (1937 und 1952)

Einige Archivnotizen

HANS MIKOSCH/GERHARD OBERKOFER

Hans Goldenberg (*1946), Leiter des Instituts für Medizinische Chemie der Wiener Universität, bedauert in seinem Nachruf auf Samuel Mitja Rapoport (1912–2004)¹, dass es nach 1945 nicht gelungen sei, diesen bedeutenden Pionier der medizinisch-biochemischen Forschung in Wien zu halten: „Die Medizinische Fakultät der Universität Wien begab sich damit der Chance, unmittelbar an die internationale Entwicklung der modernen Biochemie anzuschließen und einem der wenigen heimgekehrten Emigranten eine entsprechende Arbeitsmöglichkeit zu bieten“. Die Berufung von Rapoport sei, so Goldenberg, „auf Grund einer Intervention durch die Regierung der USA verwehrt“ worden. Erst Jahre später habe Wien durch Hans Tuppy (*1924) den Anschluss an die moderne Biochemie gefunden. Tuppy hatte 1948 in Wien promoviert und konnte dann mit einem Stipendium des British Councils zu dem nur sechs Jahre älteren Fred Sanger (*1918), Chemie-Nobelpreisträger der Jahre 1958 und 1980, nach Cambridge gehen, um dort die neuesten Entwicklungen bei der Analyse von Peptiden, mit denen Tuppy sich auf Anregung von Friedrich Wessely (1897–1967) beschäftigt hatte, kennen zu lernen. Tuppy nahm die in Cambridge erlernten Methoden 1951 mit nach Wien zurück und etablierte, was im Österreich der Nachkriegszeit mit seinen ziemlich unfairen Karrierestrukturen ein seltener Glücksfall war, die Biochemie auf Weltniveau.² Ein besonderer Glücksfall war es auch für Rapoport, auf Vermittlung des Vorstandes der Medizinischen Chemie in Wien (seit 1929) Otto von Fürth (1867–1938)³, der als Jude von den Nazis aus der Universität vertrieben wurde und bald darnach verstarb, 1937 ein Stipendium an das Children's Hospital in Cincinnati (Ohio) zu erhalten. Das ersparte Rapoport nach dem Einmarsch der Hitlerwehrmacht in Österreich die Flucht aus Wien, wenn diese ihm denn überhaupt gelungen wäre.

Kindheit und Jugend in Wien

Samuel Rapoport wurde am 17. November 1912 in Woczysk (südwestlich von Kiev) im zaristischen Russland geboren und kam im Alter von sieben Jahren

mit seinen Eltern nach Wien, wo er die Volksschule und das Bundesrealgymnasium Wien V von 1922/23 an besuchte. Das tönt etwas idyllisch, war es aber nicht. Die Rapoport mussten wegen der prekären finanziellen Situation häufig ihre Wohnung wechseln, der kleine Rapoport sprach nur Russisch und etwas Hebräisch. Die Schulleistungen im Gymnasium waren insgesamt ziemlich flau, was über die Begabung von Kindern zunächst nicht viel aussagt. Das Reifezeugnis datiert vom 24. Juni 1930 und weist als vom Chemieprofessor Dr. Georg Sachs mit „sehr gut“ benotete Hausarbeit das Fach Chemie aus mit dem behandelten Thema: Die Superoxyde in der anorganischen Chemie. Das Zeugnis ist mit zwei „sehr gut“-Noten in Chemie und mosaischer Religionslehre, diese unterrichtete Dr. Oskar Karpelis, eher durchschnittlich.⁴ Mit dem Wintersemester 1930/31 begann Rapoport an der Wiener philosophischen Fakultät das Chemiestudium, wechselte aber nach zwei Semestern an die medizinische Fakultät, wo er an dem von Fürth geleiteten Institut für medizinische Chemie Arbeitsmöglichkeiten für das an der Universität sonst nicht vertretene, aber ihn besonders anziehende Fach Biochemie sah. Er promovierte am 26. Juni 1936 zum Dr. med. Schon in seinem zweiten Studienjahr wurde ein selbständiger Beitrag von Rapoport durch seine Coauthorschaft bei einem Artikel für die *Biochemische Zeitschrift* über die Mikroacetylbestimmung von Alfred Friedrich (1896–1942), diesem wurde 1938 die Lehrbefugnis stillgelegt,⁵ anerkannt (1932).⁶ Als 60-Jähriger hat Rapoport einmal einige für Studenten zu geltende Normen in der Zeitschrift der FDJ *Forum* so beschrieben, vielleicht in Erinnerung an seine eigene Studienzeit: „Sicher darf man diese Frage nicht vereinfachen, aber im Prinzip kann nur die Moral der Arbeiterklasse, verkörpert in ihren besten Vertretern, Maßstab für ein Mitglied der sozialistischen Intelligenz sein, mag es selbst aus der Arbeiterklasse kommen oder nicht. Dazu gehört die unbedingte Anerkennung einer äußeren Disziplin, sei es am Arbeitsplatz oder in der gesellschaftlichen Organisation. Diese Einstellung hat nichts mit Kadavergehorsam zu tun, son-

dern muß Teil einer revolutionären, selbständigen, spießfeindlichen inneren Haltung sein. Nach meiner Meinung ist gerade diese Dialektik von äußerer Disziplin und geistiger Selbständigkeit das häufigste und aktuellste Problem der Entwicklung der Studenten.“⁷

Die 1906 gegründete *Biochemische Zeitschrift* war eines der führenden Journale des Faches. Friedrich, der die mikrochemische Abteilung am Wiener Institut für medizinische Chemie leitete, hatte Chemie in Graz studiert, dort die Methoden von Friedrich Emich (1860–1940) und Nobelpreisträger Fritz Pregl (1869–1930) kennengelernt und war nach einem zweijährigen Aufenthalt am Kaiser Wilhelm Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr seit 1923 am Wiener Institut für medizinische Chemie tätig. Das Institut für medizinische Chemie führte Arbeiten auf dem Gebiet der physiologischen und pathologischen Chemie aus, war für den Unterricht der Mediziner im I. und II. Semester verantwortlich sowie für vorgeschrittene Mediziner und „wissenschaftliche Arbeiter“, außerdem auch für den Unterricht der Pharmazeuten und Physikatskandidaten. Es hatte in der Wiener Währingerstraße 480 Arbeitsplätze für Anfängermediziner, 34 für Vorgeschrittene und wissenschaftliche Arbeiter sowie 132 für Pharmazeuten und Physikatskandidaten.⁸

Obschon Rapoport alle Eigenschaften, die für die Entwicklung zu einem erfolgreichen Naturwissenschaftler notwendig sind, wie Begeisterungsfähigkeit, Leistungswille und Mut, Probleme aufzugreifen und mit Konzentration zu verfolgen, in reichem Maße besaß, nahm er sich Zeit, sich mit seinem gleichaltrigen Freund Jura Soyfer (1912–1939) im politischen Kampf für eine sozialistische Zukunft zu betätigen, zuerst in den Reihen der „Akademischen Legion“ der Sozialdemokratie und nach deren im Februar 1934 offenkundig gewordenen und von Soyfer in seinem Romanfragment „So starb eine Partei“⁹ beschriebenen Versagen in den Reihen der Kommunisten. Es kam zu mehreren polizeilichen Anhaltungen und Abstrafungen.¹⁰ Im Sommer 1934 begleitete Rapoport seine Mutter bei einem Verwandtenbesuch in den USA,

um dort Möglichkeiten für ein Stipendium abzuklären. Das ist nicht ungewöhnlich, weil osteuropäische Juden immer irgendeinen Verwandten in den USA hatten. Joseph Roth (1894–1939) schreibt in seinem Essay „*Ein Jude geht nach Amerika*“, dass es schwer sei, „eine jüdische Familie im Osten zu finden, die nicht irgendeinen Vetter, irgendeinen Onkel in Amerika besitzen würde“.¹¹ Die ersten Arbeiten von Rapoport beziehen sich auf das Gebiet der biochemischen Analyse. Im Juni 1934 war er vom Institutsvorstand Fürth als Coautor bei einer in der *Biochemischen Zeitschrift* publizierten Arbeit über den Einfluss des Dinitrophenolfiebers auf den Gewebseiweißzerfall angeführt worden, vielleicht um ihm den Weg in die USA zu erleichtern, weil darüber am pharmakologischen Institut der Stanford University in San Francisco geforscht wurde.¹² Rapoport stand in einer Publikationsreihe mit den besten Biochemikern dieser Zeit, im selben Jahrgang 1934 veröffentlichte auch der berühmte sowjetische Biochemiker Alexander Iwanowitsch Oparin (1894–1980).¹³

In Kontakt mit Rapoport und Soyfer war Marika Szécsi (1914–1984), deren Mutter aus der bekannten Familie Polanyi stammte. Michael Polanyi (1891–1976), Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem, hat sich, um seiner Kündigung zuvorzukommen, nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland zur Emigration an die Universität Manchester entschlossen.¹⁴ Das wurde wegen der persönlichen Zusammenhänge im Kreis der Familie Szécsi in Wien und so auch von Rapoport sicher ausführlich diskutiert. In Manchester lehrte der vielseitige Polanyi nicht Chemie, sondern Philosophie und Soziologie. Er nahm antikommunistische Positionen ein und profilierte sich gesellschafts- und wissenschaftspolitisch als Gegner des marxistisch orientierten Physikers, Kristallographen und späteren Friedenskämpfers John Desmond Bernal (1901–1971). Umso verwunderlicher ist, dass ihm 1952 die Annahme einer Berufung nach Chicago nicht möglich wurde, weil ihm die US-Behörden kein Visum erteilt hatten, wie er seiner früheren Mitarbeiterin Erika Cremer (1900–1996) mitteilte.¹⁵ Aus Berlin ist 1933 der Chemie-

student Engelbert Broda (1910–1983) nach Wien zurückgekehrt. Er war im Frühjahr 1933 an seinem Arbeitsplatz im Berliner Institut für physikalische Chemie verhaftet und „wegen kommunistischer Betätigung“ am 11. Juli 1933 vom Universitätsstudium in Deutschland ausgeschlossen worden.¹⁶ Broda konnte seine



Samuel „Mitja“ Rapoport als Referent am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft zu Ehren von Walter Hollitscher am 20. Oktober 2001 in Wien.

Dissertation in Wien bei Hermann Mark (1895–1992) beenden. Weil er auch vom klerikalen Rechtsregime in Österreich verfolgt und verhaftet wurde, emigrierte Broda über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion (1934/35) und kehrte Ende 1936 nach einer vom Regime Kurt Schuschnigg (1897–1977) eigentlich für die Nazis bestimmten Amnestie nach Wien zurück. Wir können annehmen, dass sich Broda und Rapoport schon damals als junge Kommunisten zur Kenntnis genommen haben. Broda musste nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht im Frühjahr 1938 Wien fluchtartig verlassen. In England war Broda vom Dezember 1941 bis August 1946 im Cavendish-Laboratory und an der Universität Liverpool unter der Leitung von Nobelpreisträger James Chadwick (1891–1974) auf verschiedenen Gebieten der radioaktiven Chemie, der Elektrochemie und der Kernphysik als Forscher tätig. Zu dem Kreis junger fortschrittlicher Intellektueller, die

sich, organisiert in der illegalen kommunistische Partei Österreichs, für ein unabhängiges, demokratisches Österreich eingesetzt haben, gehörte auch der Musikwissenschaftler Georg Knepler (1906–2003), der, im Jänner 1934 wegen des Besitzes von mehreren Exemplaren der Zeitung *Die Rote Fahne* verhaftet, schon nach den Februarereignissen nach London emigrieren musste.¹⁷ Es ist bemerkenswert, dass in den Erinnerungen des Chemikers Hans Friedmann (1914–2006), der viel über den Personenkreis des illegalen *Roten Studentenverbandes* (RSV) schreibt, Rapoport nicht vorkommt und auch Soyfer nur randständig erwähnt wird. Dafür werden von Friedmann Gschichterln vom Arbeiter und späteren herausragenden Juristen der österreichischen Arbeiterklasse Eduard Rabofsky (1911–1994) erzählt.¹⁸

Die Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels wurden von Rapoport und Soyfer eingehend studiert, nicht im Sinne eines studentischen Bildungserlebnisses, sondern als Methode zur Analyse der Wirklichkeit und Anleitung zum Handeln. Deshalb wird das *Kapital* weniger Einfluss genommen haben als vielmehr das *Kommunistische Manifest* oder *Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Der *Anti-Dühring*, wo

die Prinzipien der marxistischen Weltanschauung von Engels, der sich eingehend für alle Fortschritte in den Naturwissenschaften interessierte, dargestellt werden, ist Rapoport früh begegnet. Er lernte, wie sich aus der Behandlung konkreter Fragestellungen die Methode der materialistischen Dialektik selbst herausbildet. Die enthusiastische Begeisterung für die von der Presse und den Kulturinstitutionen seiner Heimatstadt wenig geschätzten Vorlesungen von Karl Kraus (1874–1936) erreichte bei den jungen Marxisten Rapoport und Soyfer vielleicht nicht jenes Ausmaß wie beim linksliberalen Chemiker Erwin Chargaff (1905–2002), der dazu anmerkt, dass in dieser Begeisterung „*verzweifelter Protest*“ steckte.¹⁹ Aber natürlich blieben diese Vorlesungen beiden unvergessen.

1935 ist Rapoport alleiniger Autor eines Beitrags in der *Biochemischen Zeitschrift*, in der er berichtet, dass ihm eine neue kolorimetrische Bestimmung der

Glycerinsäure gelungen sei, beruhend auf deren blauen Farbreaktion mit Naphthoresorcin und konzentrierter Schwefelsäure auszuarbeiten.²⁰ Ende 1936 (8. Dezember) sandte Rapoport vier Studien und eine vorläufige Mitteilung derselben Zeitschrift ein.²¹ So wie bei dem von ihm als bedeutendsten Naturwissenschaftler auf dem Gebiet der experimentellen Biologie des 20. Jahrhunderts eingeschätzten Otto Warburg (1883–1970)²² war die exakte Messung der Schlüssel für alle seine Arbeiten. Es muss Rapoport aufgefallen sein, dass bei der *Biochemischen Zeitschrift* ein Wechsel ab 1934 (Band 280) in der Herausgeberschaft eingetreten war, indem der Biochemiker Carl Neuberg (1877–1956), der zu den Pionieren der dynamischen Biochemie zählt, im Auftrag der Nazis von Wolfgang Grassmann (1898–1978) verdrängt worden war.²³ Neuberg wurde 1934 zur Niederlegung aller Ämter gezwungen und konnte 1939 auf Umwegen nach den USA emigrieren.

Emigration und Remigration

1937 konnte Rapoport als „Scholar“ in Cincinnati an der „Children's Hospital Research Foundation“, einem Institut, das zur Universität von Cincinnati gehörte und der Lehrkanzel für Kinderheilkunde angegliedert war, gleich an der Spitzenforschung teilhaben. Zuerst wollte er nur ein Jahr bleiben, wegen der Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland wurden es Jahre, die für ihn wissenschaftlich, politisch und privat goldene Jahre waren. Mit einem von ihm verschafften Affidavit kam Szécsi im Frühherbst 1937 nach, beide heirateten, die Ehe wurde 1946 geschieden, Szécsi kehrte 1948 nach Wien und dort in den Schoß der Sozialdemokratie zurück.²⁴ Am 21. Februar 1938 hat Soyfer aus Wien an Mitja und Marika Rapoport nach Cincinnati in einem ausführlicheren Brief geschrieben, er schreibe über Arbeiterresolutionen für die Unabhängigkeit Österreichs und hoffe, dass die Schuschnigg-Regierung auf die Arbeiter zugehen werde: „Vielleicht wird die Linie einer Heranziehung der Arbeiterschaft (die nun schon völlig frei von Nazieinflüssen ist), ihrem Druck entsprechend, fortgesetzt werden, da sie ja das einzige Gegengewicht bilden kann. Vielleicht kann von hier aus ein Widerstand kommen“. Soyfer dachte in Erinnerung an Heinrich Heine (1797–1856) an eine Emigration nach Paris.²⁵ Das gelang ihm nicht mehr, er wurde bei einem versuchten Grenzübertritt verhaftet. am 16. Februar 1939 kam Soyfer im KZ Buchenwald um.

Rapoport beendete in Cincinnati ein Zusatzstudium der Chemie mit dem Doktorat der Philosophie (Chemie) am 9. Juni 1939, wurde dann Associate am Kinderspital in Cincinnati, 1942 provisorischer Leiter einer eigenen physiologisch-chemischen Abteilung und 1946 definitiver Chef dieser Abteilung. Im selben Jahr übernahm er auch die Leitung des chemischen Laboratoriums des Kinderspitals dieser Universität. Schon 1938 war die erste Veröffentlichung von Rapoport in den USA im angesehenen *Journal of Biological Chemistry* erfolgt, gemeinsam mit George Martin Guest (1898–1966). Wie die ausgewiesene Referenzliteratur zeigt, knüpfte Rapoport unmittelbar an seine Wiener Forschungen an. Auf dem Kongress der amerikanischen Gesellschaft für Biochemie in Baltimore am 2. April 1938 hat er diese vorgestellt.²⁶ Im selben Band dieses US-Journals sind die beiden aus Prag stammenden altösterreichischen Medizin-Nobelpreisträger des Jahres 1947 Gerty Therese Radnitz-Cori (1897–1957) und Carl Ferdinand Cori (1896–1984) sowie Chargaff vertreten. Berühmt ist der mit seiner technischen Assistentin Janet Luebering entdeckte „Rapoport-Luebering-Zyklus“ (1951).²⁷ Es waren mehrere Arbeiten über die physikalischen, osmotischen und chemischen Veränderungen der Erythrozyten während der Konservierung von Vollblut, die im Ergebnis zur Ausarbeitung einer Lösung geführt hatten, die die Aufbewahrung von Vollblut für etwa 30 Tage ermöglichte. Das war eine bahnbrechende Verlängerung der Haltbarkeit von Blutkonserven, was für die Versorgung von Kriegsverwundeten eminent wichtig war. Populärwissenschaftlich hat Rapoport diese Prozesse in seinem in mehrere Sprachen übersetzten Büchlein „*Was das Blut vermag*“ dargestellt.²⁸

Rapoport ist der sehr kleinen Gruppe der Kommunistischen Partei der USA in Cincinnati beigetreten und blieb politisch aktiv, was zunächst kein größeres Problem wurde, weil die USA Verbündeter der Sowjetunion im Kampf gegen den Hitlerfaschismus war. In den klassenbewussten Gruppen der amerikanischen Arbeiterklasse war der „*Brief an die amerikanischen Arbeiter*“ von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924)²⁹ bekannt: Dieser war im Dezember 1918 in einer Zeitschrift veröffentlicht worden, die von den auf internationalistischen Positionen stehenden Sozialisten in New York herausgegeben wurde. Der führende amerikanische Kommunist Gus Hall (1910–2000) hat noch 1971 eine Einleitung zu einer

neuen Ausgabe dieses Briefes geschrieben.³⁰ Den revolutionären amerikanischen Befreiungskrieg (1775–1783) hat Lenin als „einen der ersten und größten wirklichen Freiheitskriege in der Geschichte der Menschheit, einen der wenigen wirklich revolutionären Kriege in der Geschichte der Menschheit“ bezeichnet.³¹ Von Präsident Harry S. Truman (1884–1972) wurde Rapoport für seine wissenschaftlichen Verdienste um die Rettung von US-Soldatenleben das „Certificate of Merit“ verliehen, was die höchste an Zivilisten verliehene Auszeichnung der USA ist. In Cincinnati hatte Rapoport die gleichaltrige, aus dem Hamburger Bürgertum stammende Ärztin Ingeborg Syllm, die 1938 aus Hamburg fliehen hatte müssen, kennen gelernt, beide wurden Lebenspartner und politische Kampfgefährten.³² Seine klinischen Arbeiten führten 1949 zur Aufklärung des Wesens der japanischen Kinderkrankheit „Ekiri“ als eine durch Kombination von infektiösen und chemischen Faktoren verursachte bakterielle Ruhr, die hauptsächlich Kinder von zwei bis sechs Jahren befiel und eine Mortalität von 30 bis 50% mit sich brachte. Die Familie Rapoport war in den USA etabliert, hoch angesehen und fühlte sich wohl. Da begann mit dem Kalten Krieg unter dem Kommando des Senators Joseph McCarthy (1908–1957) eine hysterische und extreme Kampagne gegen tatsächliche und vermeintliche Kommunisten. Mitja und Ingeborg Rapoport, die inzwischen drei Kinder hatten, waren unmittelbar gefährdet. Vielleicht wären die Verfolgungen zu umgehen gewesen, wenn beide ihren sozialistischen Idealen öffentlich abgeschworen hätten. Das lehnten beide ab. Als sich bei Anhörungen die Inhaftierung von Rapoport abzeichnete, entschloss sich das Ehepaar Rapoport mit ihren drei Kindern und einem noch ungeborenen vierten Kind aus den USA zu fliehen. Gelegenheit dazu bot der VI. International Congress of Pediatrics in Zürich im Juli 1950, der der erste Internationale Pädiatriekongress nach dem Zweiten Weltkrieg war und an dem Rapoport einen Vortrag halten sollte.

Angebot an die Wiener Medizin

Rapoport konnte annehmen, dass für ihn als international renommierten Wissenschaftler in dem von den Alliierten befreiten Wien, in dem er im August 1950 ankam, ein angemessener Arbeitsplatz im Interesse des Wiederaufbaus der österreichischen Wissenschaft möglich sein werde. Der in Rio de Janeiro leben-

de, weltbekannte Chemiker Fritz Feigl (1891–1971), in den 1920er Jahren an der Wiener Technischen Hochschule als Habilitand abgelehnt und 1938 aus Wien vertrieben, war da skeptischer und meinte, dass die österreichischen Hochschulnazis und die nicht weniger gefährlichen Sympathisanten der Nazis sich in ihrer Haltung kaum geändert haben werden.³³ Engelbert Broda, der Ende Mai 1947 als österreichischer Patriot nach Wien zurückgekehrt ist, wurde zwar 1948 an der Wiener philosophischen Fakultät für physikalische Chemie habilitiert, musste sich dann aber an der Universität, die ihm den Aufbau und die Leitung der Radiochemischen Abteilung zu danken hatte, wegen seiner Haltung als Kommunist mühsam als Lehrbeauftragter und „Assistent“ durchfretten, ehe er 1964 ad personam zum wirklichen außerordentlichen Universitätsprofessor ernannt wurde. Noch vom 30. April 1963 datiert sein Gesuch um „Anstellung als Assistent“. Knepler, 1946 aus der Emigration in seine Heimatstadt zurückgekehrt, fand, weil an der Universität die Altnazis wie Erich Schenk (1902–1974), der mit Hilfe der Gestapo die wertvolle Bibliothek seines Vorgängers Guido Adler (1855–1941) beschlagnahmen hatte lassen,³⁴ ihn abzuwehren wussten, überhaupt keine angemessene akademische Position und emigrierte 1949 abermals, diesmal nach Berlin. Dasselbe tat 1949 Walter Hollitscher (1911–1986), der, aus dem britischen Exil nach Wien zurückgekehrt, als Wissenschaftskonsulent der Gemeinde Wien und Abteilungsleiter am *Institut für Wissenschaft und Kunst* von den opportunistischen sozialdemokratischen Wissenschaftlern scharf angegriffen worden war.³⁵ Die Wiener SPÖ verhängte ein de facto Berufsverbot über die Widerstandskämpferin und Architektin Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000).³⁶ Die Historiker Leo Stern (1901–1982), der wie Rapoport aus der Ukraine stammte, und Eduard Winter (1896–1982) versuchten, um noch ein Beispiel über den Boykott von fortschrittlichen Wissenschaftlern im eben von den deutschen Faschisten befreiten Wien zu bringen, nach 1945 vergeblich irgendwie Fuß zu fassen und mussten Berufungen in die SBZ annehmen. Die Sozialisten in Wien distanzieren sich auch bei inhaltlicher Übereinstimmung immer scharf von den Kommunisten, „um nicht“, wie sich Hugo Pepper erinnert, „als Agenten und fellow travellers zu gelten“. Am 31. Mai 1951 reichte Rapoport, der mit seinen Ersparnissen einige Zeit aushalten konnte, mit

einem 84 Nummern umfassenden Schriftenverzeichnis „mit Zustimmung des Institutsvorstandes Professor Dr. Gustav Schubert“ beim Professorenkollegium der Medizinischen Fakultät der Wiener Universität um Aufnahme des Verfahrens zur Habilitierung für das Fach „*Physiologie mit besonderer Berücksichtigung der Biochemie*“ ein, änderte das Ansuchen aber noch im Amtszimmer des von Karl Fellingner (1904–2000) geleiteten Dekans ohne Bezugnahme auf die Zustimmung des Institutsvorstandes Schubert um auf Habilitierung für das Fach „*Medizinische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der physiologischen und pathologischen Chemie*“. Beigegeben war neben den üblichen Unterlagen die Erklärung von Schubert (31. Mai 1951), dass die von Rapoport in Aussicht genommenen Vorlesungen im Hörsaal des Physiologischen Instituts abgehalten werden können und daß dem Bewerber auch das vorhandene Material an Tafeln und Diapositiven zur Verfügung stehe. Für seine Lehrtätigkeit wollte Rapoport Vorlesungen ankündigen zu den Themen 1) Wasser- und Salzhaushalt des menschlichen Körpers, 2) Neue Probleme des Zellstoffwechsels und 3) Physiologisch-chemisches Denken in der Klinik. Als Wohnsitzerklärung gab Rapoport Seelgasse 20 in Wien 13 an; die Magistratsabteilung 62 der Stadt Wien hatte ihm bescheinigt, dass er in der Nazi-Registrierungsliste nicht verzeichnet sei (23. Mai 1951). Das Amt der Wiener Landesregierung stellte Rapoport am 31. März 1951 eine Bestätigung aus, dass er am 30. Dezember 1950 die Erklärung abgegeben hat, „*der österreichischen Republik als getreuer Staatsbürger angehören zu wollen*“, wodurch er von diesem Tage an die Österreichische Staatsbürgerschaft erworben hat. Auch seine Ehefrau Ingeborg sowie ihre gemeinsamen (noch nicht eigenberechtigten) Kinder Tom (17. Juni 1947 in Cincinnati), Michael (2. Oktober 1948 in Cincinnati), Susan (15. Oktober 1949 in Cincinnati) und Lisa Maria (17. November 1950 in Wien) erlangten dadurch die österreichische Staatsbürgerschaft.

Das Habilitationsverfahren für Rapoport begann korrekt. Dekan Fellingner bat Gustav Schubert (1897–1976), der als Sudetendeutscher 1945 von Prag nach Wien gekommen ist und, zuerst an der Tierärztlichen Hochschule tätig, seit 1950 an der Medizinischen Fakultät Vorstand des Physiologischen Instituts war, und den aus Graz stammenden Franz Seelich (1902–1985), der, von 1940 bis 1945 Abteilungsleiter am Kaiser Wilhelm Institut für Phy-



sikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin Dahlem, seit 1949 Vorstand des Instituts für Medizinische Chemie war und ein Pionier der österreichischen Krebsforschung ist, um Erstattung eines Referats sowie eines Kurzreferats (28. Juni 1951). Beide bekundeten grossen Respekt vor den biochemischen, physiologischen und experimentellen wie klinischen Untersuchungen Rapoport's und formulierten am 31. Oktober 1951: „*Die beiden Referenten sind der Ansicht, daß diese Arbeiten den Anforderungen für die Verleihung der venia legendi für das Fach Medizinische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der physiologischen und pathologischen Chemie vollauf entsprechen.*“ Aus dem Referat ist herauszulesen, dass die Wiener Medizinische Fakultät mit Rapoport Anschluss an die moderne wissenschaftliche Biochemie gewinnen werde. Über diesen Stand des Verfahrens wurde Rapoport nicht informiert.

Der Habilitationsreferent Seelich beantragte am 22. Oktober 1951 im Dekanat, „man möge, um die Sache nicht länger zu verzögern, vor der nächsten Prof[essoren]. Kollegiumssitzung am 28.11.1951 in Form einer außerordentlichen Sitzung des ständigen Ausschusses über das Habilitations-]. Ansuchen abstimmen“. Dass die Habilitation von Rapoport in der Wiener Medizinischen Fakultät dennoch hängig blieb und dadurch seine Anstellung in Wien erfolgreich hintertrieben wurde, ist der fehlenden Zivilcourage der Mehrheit der Wiener Medizinischen Fakultät zuzuschreiben. Seit Anfang 1951 (5. Jänner) wurden in Wien Meldungen von Seiten des International News Service kolportiert, wonach Rapoport Kontakte zu Broda hätte, der als Kommunist den Einsatz der Atombombe durch die USA als aggressiven Akt gebrandmarkt und die friedliche Verwendung der Atomenergie durch die Sowjetunion begrüßt habe. Das Chemische Institut, an dem Broda wirkte,

werde in amtlichen Berichten als „*Brutstätte fanatischer Kommunisten*“ beschrieben. Ende 1951 berichtet Fellingner auf Wunsch des als Dekan des Studienjahres 1951/52 amtierenden Vorstandes des pathologisch-anatomischen Instituts Hermann Chiari (1897–1969), der sich wegen des ins Stocken geratenen Habilitationsverfahrens bei Fellingner erkundigt hatte, dass „ungefähr um Weihnachten 1950“ ein „Prof. Williams von der Jus Fakult. in USA“ bei ihm gewesen sei und ihm „ernste Bedenken gegen eine evtl. Anstellung“ von Rapoport mitgeteilt habe – „damals handelte es sich nicht um die Habilitierung“. In einer späteren Unterredung habe derselbe Professor darauf hingewiesen, „dass seiner Information nach Doz. Rapoport politisch (kommunistisch) tätig sei und dass der Fakultät durch eine Anstellung desselben ernste Schwierigkeiten erwachsen können. Ich [d. i. Fellingner] erwiderte ihm, dass wir als wissenschaftliches Institut an politischen Fragen nicht unmittelbar interessiert seien und ich ausserdem um konkretere Unterlagen bitten müsste. Weiteres hat sich in der Angelegenheit während meiner Dekanszeit nicht ereignet“ (12. Dezember 1951). Fellingner war ein Star der Wiener Medizin und orientierte als solcher auf weltweite Dienstleistungen gegenüber den Eliten.³⁸ Dekan Chiari notierte sich Stichworte (o.D.) für eine Vorsprache beim zuständigen Sektionschef Otto (Baron) Skrbensky, der als ehemaliger austrofaschistischer Kommissär für die Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden an den Hochschulen kommunistische Studenten vom Studium an den österreichischen Hochschulen ausgeschlossen hatte, dass seine Fakultät in einer moralischen Zwangslage sei, Rapoport sei fachlich gut (Pluszeichen), doch gebe es gegen seine persönliche Eignung Bedenken. Chiari, der seit 1936 Wiener Ordinarius war und bei dem Rapoport als Student eine Prüfung abgelegt haben musste, war über seine weitere amtliche Vorgangsweise unsicher. Als Wissenschaftler mit internationaler Reputation – er gehörte der *American Medical Association* an – war ihm die innovative Bedeutung von Rapoport's Forschungen präsent, er hat selbst an seinem Institut neue Forschungsrichtungen wie eine Abteilung für Blutgruppenserologie und histochemische Arbeiten installiert.³⁹ Am 29. April 1952 holte Chiari bei der Wiener Ärztekammer Auskunft ein, ob Rapoport dort als Facharzt oder als praktischer Arzt bekannt sei, diese teilte am 6. Mai 1952 mit, Rapoport sei bei der Ärztekammer für Wien nicht bekannt.

Politisches Asyl in Berlin (DDR)

Die von der KPÖ bei den Hochschulbehörden der DDR eröffnete Möglichkeit an die Berliner Humboldt-Universität zu gehen, wurde von Rapoport politisch gerne wahrgenommen, auch wenn er persönlich viel lieber in Wien geblieben wäre. Eine angebotene Stelle am Weizmann-Institut in Rehovot in Israel – Rapoport's Eltern war 1938 die Ausreise nach Palästina geglückt, die ältere Schwester lebte seit Jahren in Tel Aviv – hatte er als Internationalist und Gegner des Zionismus abgelehnt. Im Februar 1952 übersiedelte die Familie Rapoport, der sich seine der Wiener Fakultät vorgelegten Dokumente wie Reifezeugnis und Doktordiplom am 21. Februar 1952 retournieren hatte lassen, nach Berlin. Die Humboldt-Universität in der 1949 entstandenen Deutschen Demokratischen Republik war naturgemäß keine sozialistische Gelehrteninsel, vielmehr waren an ihr viele kleinbürgerliche Wissenschaftler tätig, die, auch wenn sie versuchten, die Lehren aus dem Nazifaschismus zu ziehen, erhebliche Reserven gegenüber den Intentionen der neuen sozialistischen deutschen Staatsorgane mit sich schleppten. Begrüßt wurde die Familie Rapoport besonders von Hollitscher, der an der Berliner Universität den Lehrstuhl für Philosophie innehatte, diesen aber noch 1952 schlagartig wegen des Verdachts, dass er in Beziehungen zu Noel Field (1904–1970) gestanden hätte, verlassen und ziemlich abgebrannt nach Wien zurückkehren musste. Die Kriminalaffäre Noel Field war ein Riesenerfolg des CIA. Ob und in welcher Form der ziemlich eitle Robert Havemann (1910–1982), der Dissertations- und Habilitationsreferent des Wunschassistenten Hollitschers und späteren Wahlösterreicher's Werner Haberditzl (1924–1981) war, an diesen Intrigen gegen Hollitscher beteiligt gewesen ist, ist aktenmäßig nicht belegbar. Die US-amerikanische Besatzungsmacht, die interessiert war an der Restauration des deutschen Finanzkapitals, das den Hitlerfaschismus an die Macht gebracht hatte, versuchte Positionen an der Humboldt Universität auszubauen. Dazu hatte sie als Mosaikstein ihrer generellen Spaltungspolitik die „Freie Universität“ als Gegenuniversität gründen lassen. Rapoport wurde im Frühjahr 1952 vom Staatssekretariat als „kommissarischer Platzhalter“ für den Lehrstuhl für Physiologische Chemie eingesetzt.⁴⁰ Die Berliner Medizinische Fakultät im Dekanat von Wolfgang Rosenthal (1884–1971) wollte das mehrheitlich nicht akzeptieren

und beschloss nach kontroverser Diskussion in ihrer Sitzung vom 28. Mai 1952, dem Staatssekretariat mitzuteilen, dass sie in diesem Vorgang „eine Beeinträchtigung nicht nur ihres verbrieften Vorschlagsrechts“ erblicke, sondern sich auch außerstande sehe, „die Verantwortung für Berufungen zu tragen, die sie nicht empfohlen hat“. Es könne „auch nicht im Sinne der betreffenden Dozenten sein, ohne Wissen und Willen der Fakultät auf einen Lehrstuhl der Humboldt-Universität gesetzt zu werden“. Das war üblicher akademischer Schmus, der aber die widersprüchliche Situation an der Universität deutlich illustriert. Das Staatssekretariat ging damit nicht ungeschickt um, vielleicht hat es aber insgesamt ein bisschen zu wenig das Festhalten bürgerlicher Wissenschaftler am schönen Schein akademischer Freiheit unterschätzt. Der von der Berliner Fakultät eingereichte Vorschlag für Hans Deuticke (1898–1976) in Göttingen, Horst Hanson (1911–1978) in Halle und Erich Strack (1897–1988) in Leipzig sei, so das Staatssekretariat, nicht zu verwirklichen. Es habe, so das Staatssekretariat, das Recht, „Männer vorgeschlagen zu bekommen, die erstens wirklich die Absicht haben, zu kommen, zweitens sich der Wertschätzung vor allem ihrer eigenen Fachkollegen erfreuen“. Rosenthal holte Erkundigungen ein und teilte seiner Fakultät in ihrer Sitzung vom 20. Juni 1952 mit, Deuticke denke nicht daran, zu kommen, Hanson werde für Berlin von namhaften Vertretern als nicht geeignet erklärt und Strack würde in Leipzig eine erhebliche Lücke aufreißen, was kein Dienst für Lehre und Forschung in der DDR sei. Dass Deuticke nicht in die DDR übersiedeln wollte, ist verständlich, war er doch Nazi-parteiläufer und in Kriegsforschungsprojekten zu Kampfstoffen der Hitlerwehrmacht tätig gewesen.⁴¹ Der wissenschaftliche Leistungsausweis von Rapoport stand außer Diskussion, zumal der Bonner Physiologische Chemiker Wilhelm Dirscherl (1899–1982) betont hatte, dass dessen Arbeiten „einen vorzüglichen Eindruck“ machen und ihn „als einen produktiven Forscher“ ausweisen würden. Rosenthal wies noch in Bezug auf die angeblich geringe Lehrerfahrung von Rapoport darauf hin, dass dieser „sich bei den inzwischen stattgefundenen Verhandlungen über die Studienpläne nach dem Urteil aller Kommissions-Teilnehmer als hervorragend versiert gezeigt hat“. Die Fakultätsmehrheit blieb bei ihrer Opposition gegen Rapoport, der von Rosenthal in der Sitzung vom 29. Oktober 1952 als „Professor mit vollem Lehrauftrag für physiologische Che-

mie und kommissarischer Direktor des Physiologisch-Chemischen Instituts“ vorgestellt worden war. Sie schlug in ihrer Sitzung vom 17. Dezember 1952 den Rostocker Professor für Pharmakologie und physiologische Chemie Peter Holtz (1902–1970), der zu dieser Zeit schon fest zur Republikflucht entschlossen gewesen sein dürfte,⁴² primo loco vor, an zweiter Stelle Rapoport und Strack.

Das schlechte Gewissen der Wiener Medizinischen Fakultät über das quasi eingestellte Habilitationsverfahren von Rapoport hielt sich in Grenzen, gegen Ende 1952 wollte sie aber irgendwie den Aktenvorgang abschließen. Dekan Chiari erkundigte sich deshalb bei Rapoport mit Schreiben vom 24. November 1952 an seine frühere Wiener Wohnung in der Seelosgasse, ob er sein Ansuchen um Habilitation noch aufrecht halte: „Dies deswegen, weil Sie seit längerer Zeit nichts mehr von sich haben hören lassen und vor allem mehreren Herren der Fakultät gegenüber sich bereits vor Monaten mit dem Hinweis verabschiedet haben, dass Sie nach Berlin gehen.“ Dieser Brief wurde von der Post retourniert, weshalb Dekan Chiari am 18. Dezember 1952 dasselbe Schreiben eingeschrieben nach Berlin Niederschönhausen (Kuckhofstraße 45) adressierte. Rapoport antwortet am 28. Jänner 1953:

„Spektabilität!

In Beantwortung Ihres Schreibens erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, dass ich ursprünglich nur auf begrenzte Zeit in die DDR fuhr, um unter günstigeren Bedingungen, als ich sie in Wien vorfand, Forschungs- und Lehrtätigkeit auszuüben. Mein fester Wunsch blieb es aber, in meinem Heimatlande Österreich und an der Universität, an der ich studierte, tätig sein zu dürfen. Darin schien es mir wohl begründet, mein Habilitations-Ansuchen nicht zurückzuziehen. Inzwischen hat die medizinische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin mich auf den Lehrstuhl für Physiologische Chemie berufen. Ich stelle es Ihnen anheim, was für Konsequenzen daraus zu ziehen sind; ob Sie das nun schon über 1 ½ Jahre schwebende Habilitationsverfahren zum Abschluss bringen wollen und mir, wenn auch sehr verspätet, die Anerkennung meiner fachlichen Qualifikation erteilen wollen – eine Geste, für die ich Ihnen, Spektabilität, und der hohen medizinischen Fakultät sehr dankbar wäre – oder ob Sie das Verfahren auch weiterhin ruhen lassen wollen oder gar mit abschlägigem Bescheid beenden wollen

Ich verbleibe mit dem Ausdruck tiefster Hochachtung / Ihr / S. Rapoport m. p.“

Die Wiener Fakultät ging auf die Bitte von Rapoport auf Abschluss der Habilitation nicht ein, versuchte auch nicht irgendeine Lösung zu suchen, sondern zog sich auf die ihr angenehme formelle Position zurück, es fehle die gesetzliche Voraussetzung der Ortsansässigkeit und es sei eine Habilitation ehrenhalber nicht vorgesehen. Immerhin, Chiari beglückwünschte Rapoport zu seiner Berufung auf den Berliner Lehrstuhl, was ja nichts kostete.

Rapoport stieg rasch zu den wissenschaftlichen Zierden der DDR-Wissenschaft empor. Er bildete zu Beginn seiner Tätigkeit spezielle Zirkel für Studenten zum Studium der neuesten Erkenntnisse mit Blick auf die Sowjetwissenschaft, um seine Studenten als junge Wissenschaftler mit sozialistischer Verantwortung heranzuziehen.⁴³ Das Zentralkomitee der SED sah in Rapoport „ein Vorbild, in dessen Persönlichkeit sich die Einheit von Forschung, Lehre, sozialistischer Erziehung und gesellschaftlicher Aktivität beispielhaft verwirklichen“.⁴⁴ Ingeborg Rapoport wurde nach ordentlichem Verfahren als Kinderärztin (Neonatologie) an die Charité berufen. 1962 erschien von Rapoport in erster Auflage (Berlin) sein „den Studenten, deren Nichtwissen und Neugierde der ständige Stachel eines Lehrer sind“ gewidmetes berühmte, in mehrere Sprachen übersetzte und im Osten wie im Westen genützte Lehrbuch für Studierende und Ärzte „Medizinische Biochemie“ (9. A. 1987). Es gilt als Musterbeispiel für ein modern aufgebautes didaktisches Werk. Im letzten Kapitel werden heute hoch aktuelle Probleme der Ernährung der Menschheit erörtert. Trotz seiner Bedeutung für die Wissenschaft in der DDR wurde Rapoport erst 1969 (4. September) zum ordentlichen Mitglied der Deutschen Akademie gewählt.⁴⁵ Die beiden in Halle wirkenden Akademiemitglieder Wolfgang Langenbeck (1899–1967) und Kurt Mothes (1900–1983), der, ein Pionier der Bearbeitung von pflanzenphysiologischen Problemen mit chemischen Methoden, mit der sozialistischen Wissenschaftspolitik in der DDR nicht zurande kam, meinten 1956 (22. November) gutächtlich gegenüber der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie der Berliner Akademie, dass die wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Rapoport „von methodischem Geschick und von einem scharfen Verstand zeugen, insbesondere bieten die jüngeren Veröffentlichungen mehrere wertvolle Ansätze, sowohl für die Beurteilung bestimmter Hemmungsmechanismen wie auch der Zusammenhänge zwischen ent-

wicklungs- und zellphysiologischen Phänomenen und dem Stoffwechsel“. Und weiter: „Wir glauben, auf Grund dieser Arbeiten sagen zu können, daß Professor Rapoport für die Zukunft Gutes erwarten lässt, vor allem, wenn er über die organisatorischen Schwierigkeiten, die in der Beengtheit seines Institutes liegen, hinauskommt“. Dann resümierten beide Gutachter ablehnend: „Jedoch darf man unseres Erachtens nicht übersehen, daß Professor Rapoport trotz einer Fülle von Veröffentlichungen im Bereich der physiologischen Chemie noch nicht eine solche wissenschaftliche Prägung erfahren hat, daß man unwillkürlich mit seinem Namen eine ganz bestimmte Vorstellung von einer größeren Leistung auf einem speziellen Gebiet oder gar einer bahnbrechenden Leistung verbindet“. Das war starker Tobak, auch wenn die Gutachter abschwächten, dieser Mangel hänge „mit äußeren Hemmungen in seiner wissenschaftlichen Entwicklung“ zusammen. Langenbeck und Mothes regten an, die Abstimmung über Rapoport's Wahl zu verschieben, auf etwa zwei Jahre. Sie seien im übrigen der Meinung, dass vor einer Wahl von Rapoport zunächst erwogen werden sollte, ob Hanson in Halle und Strack in Leipzig „nicht mindestens ebenbürtig sind“. Das Gutachten von Langenbeck und Mothes verbarg, das darf unterstellt werden, Vorbehalte gegenüber dem österreichischen Juden Rapoport, der sich aus von tiefer wissenschaftlicher Einsicht getragener kommunistischer Überzeugung für die Entwicklung des sozialistischen Bildungssystems in der DDR einsetzte. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, weshalb Rapoport nie Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina geworden ist, deren Präsident seit 1954 Mothes durch zwanzig Jahre über war.

1969 waren Antragsteller in der Berliner Akademie für die Zuwahl von Rapoport der Pharmakologe Friedrich Jung (1915–1997), der Gynäkologe Helmut Kraatz (1902–1983) und der Biochemiker Karl Lohmann (1898–1978), die neben der herausragenden wissenschaftlichen Leistungen von Rapoport auch dessen unermüdlichen Einsatz für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR würdigten. Viele Jahre später gehörten Jung und Rapoport zu den Mitinitiatoren der Leibnizsozietät (1993).⁴⁶ Die politische Würdigung in einem Wahlvorschlag einer Akademie mag für österreichische Akademiemitglieder irritierend sein, weil in ihren Wahlvorschlägen das gesellschaftspolitische Engagement vor-

nehm verschwiegen wird. Aber gerade dieses ist als informeller Hintergrund bei Wahlvorschlägen stets präsent. Viele Jahre nach 1945 hatten im österreichischen Gelehrtenolymp noch immer die alten Nazikader das Sagen. Der Rektor der Wiener Universität in den Jahren 1938 bis 1945 Fritz Knoll (1883–1981), der stolz darauf war, seine Universität „*rasch und gründlich von all jenen Professoren und Dozenten befreit [zu haben], die als Lehrer an einer nationalsozialistischen Hochschule nicht geeignet waren*“,⁴⁷ amtierte von 1959 bis 1964 als Generalsekretär der Österreichischen Akademie. 1964 wurde ein fanatischer Naziideologe der ersten Stunde wie Harold Steinacker (1875–1965) sogar zum Ehrenmitglied der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gewählt, er galt in deren Reihe als einer der Großen der österreichischen Geschichtswissenschaft, „dessen Licht bis zur Neige des Lebens geleuchtet hat und in seinen Werken Altösterreichs geschichtliches Bild weiter im Dienst der Wahrheit mitbestimmen wird“.⁴⁸ Dagegen wurde Wolfgang Gröbner (1899–1980), dessen großartigen Ideen in der ganzen mathematischen Welt bekannt sind,⁴⁹ wegen seiner Kritik an der römisch-katholischen Religion und wegen seines öffentlich gemachten Atheismus ausdrücklich nicht in die Österreichische Akademie der Wissenschaften gewählt.⁵⁰ An die Wahl des unermüdlichen und erfolgreichen Weltwissenschaftlers Rapoport, der seine Zugehörigkeit zur Bewegung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft immer aufrechterhalten hat und für den der Mensch im Mittelpunkt seiner Überlegungen und Aktivitäten war, wurde in der Österreichischen Akademie zu keinem Zeitpunkt gedacht.

Rapoport kam immer wieder gerne zu Besuch in seine Heimatstadt Wien, er ging mit seinen freundschaftlichen Kontakten dorthin sorgsam um. Als engster Freund Jura Soyfers war er vielfach Gast und Referent bei Veranstaltungen zu Ehren dieses österreichischen Dichters, 2001 nahm er an einem von der *Alfred Klahr Gesellschaft* veranstalteten Symposium über Walter Hollitscher teil, und eine späte Freude und Genugtuung war Ingeborg Rapoport und ihm ein Empfang an der Technischen Universität Wien durch deren Rektor Peter Skalicky aus Anlaß der neunzigsten Geburtstage des Professorenehepaars; an dieser akademischen Ehrung im Jänner 2003 nahmen unter anderen auch Hans Tuppy und Thomas Schönfeld teil.

Anmerkungen:

- 1/ www.meduniwien.ac.at/index.php?id=420&datum=20040720094051; über Rapoport Eberhard Hofmann: Samuel Mitja Rapoport wird 90 Jahre alt. *BIOSpektrum* 6/02, 728f.; Thomas Schönfeld: Samuel Mitja Rapoport (1912–2004) – In memoriam. *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2004. Eine „jüdische Identität“ von Rapoport wird von Brunhild Fölsch und Walter Grünzweig betont: Marxismus, Exil und jüdische Identität. Der Biochemiker Samuel Mitja Rapoport. *Das Jüdische Echo. Europäisches Forum für Kultur und Politik*. Wien 2000, 337–345; Gisela Jacobasch/Lothar Rohland (Hg.): Samuel Mitja Rapoport (1912–2004) (Nachdruck des Tagungsprotokolls über das Festkolloquium zum 90. Geburtstag des Ehrenpräsidenten der Leibniz-Sozität, Prof. Dr. med. Dr. phil. Dr. h. c. mult. Samuel Mitja Rapoport, am 28. November 2002 in Berlin. *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 28, Jg. 2003, H. 2). Berlin 2004; Wolfgang L. Reiter: Naturwissenschaften und Remigration. In: Sandra Wiesinger-Stock/Erika Weinzierl/Konstantin Kaiser (Hg.), *Vom Weggehen. Zum Exil von Kunst und Wissenschaft*. Wien 2006, 177–218, über Rapoport 196–198.
- 2/ Österreichische Zentralbibliothek für Physik (Konzept Peter Graf): 1924 – ein guter Jahrgang. Alfred Bader. Franz Ferdinand Cap. Michael J. Higatsberger. Otto Hittmair. Karl Schlögl. Hans Tuppy. Eine Ausstellung der Österreichischen Zentralbibliothek für Physik. Wien 2004.
- 3/ Kurt Mühlberger: Dokumentation Vertriebene Intelligenz 1938. Der Verlust geistiger und menschlicher Potenz an der Universität Wien von 1938 bis 1945. Wien 2. A. 1993, 22.
- 4/ Das Rainergymnasium wurde 1945 durch einen Bombentreffer schwer beschädigt, sämtliche Unterlagen sind damals verbrannt. Im Jahresbericht 1953 (75. Jahr Feier) sind die Abiturientennamen von 1886 bis 1918 und von 1946 bis 1953 verzeichnet, die Zeit 1919 bis 1945 fehlt. Frdl. Auskunft von ÖStR Mag. Anton Kroh, Administrator des Rainergymnasiums!
- 5/ Mühlberger, Dokumentation Vertriebene Intelligenz 1938, 20.
- 6/ *Biochemische Zeitschrift* 251 (1932), 432–446.
- 7/ *Forum* 10. 2. Maiheft 1972.
- 8/ Personalstand der Universität Wien für das Studienjahr 1937/38. Wien 1937, 107.
- 9/ Jura Soyfer: Werkausgabe. Hg. von Horst Jarka. Band III. Wien/Frankfurt a. M. 2002.
- 10/ Im Namenverzeichnis zu den Strafakten des Landesgerichts für Strafsachen Wien ist der Name von Rapoport nicht verzeichnet. Frdl. Auskunft des Wiener Stadt- und Landesarchivs!
- 11/ Zitiert nach Joseph Roth: *Juden auf Wanderschaft*. DTV 2006, 86.
- 12/ *Biochemische Zeitschrift* 272 (1934), 81–87.
- 13/ A. Oparin, S. Manskaja und I. Glasunov (Aus dem Biochemischen A. Bach-Institut des Volkskommissariats für Gesundheitswesen in Moskau): Die Inaktivierung der Amylase durch

Adsorption an Eiweißniederschlägen. *Biochemische Zeitschrift* 272 (1934), 317–323.

14/ Eckart Henning/Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Berlin 1988, 69f.

15/ Gerhard Oberkofler: Erika Cremer. Ein Leben für die Chemie. Innsbruck/Wien, 17–25.

16/ Paul Broda/Gitta Deutsch/Peter Markl/Thomas Schönfeld/Helmuth Springer-Lederer: Engelbert Broda. Wissenschaft. Verantwortung. Frieden. Ausgewählte Schriften. Wien 1985; Gerhard Oberkofler/Peter Goller: Engelbert Broda (1910–1983). Konturen aus seinem Leben. Hg. von der Zentralbibliothek für Physik. Wien 1993.

17/ Gerhard Oberkofler: Über das musikwissenschaftliche Studium von Georg Knepler an der Wiener Universität. *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 3/2006.

18/ *Erinnerungen ...* Hans Friedmann. Privatdruck. Wien o.J.

19/ Erwin Chargaff: Das Feuer des Heraklit. Skizzen aus einem Leben vor der Natur. Sammlung Luchterhand 1989, 44.

20/ Über die Bestimmung der Summe von Glykoll und Serin. Aus dem Institut für medizinische Chemie in Wien. Eingegangen am 11. Juli 1935. *Biochemische Zeitschrift* 281 (1935), 30–36.

21/ Blutglykolyse und Phosphoglycerinsäure. Vorläufige Mitteilung. *Biochemische Zeitschrift* 289 (1937), 290f.; Über die Bestimmung der Glycerinsäure in freier und veresterter Form. Ebenda 406–410; Über Phosphoglycerinsäure als Transportsubstanz des Blutphosphors und ihr Verhalten bei experimenteller Ammonchloridazidose. I. Ebenda, 411–415; II. Ebenda 416–419; Zur Frage der Phosphorbindung in Phosphorproteinen. Ebenda 420–424. Alle mit dem Vermerk „Aus dem Institut für medizinische Chemie der Universität Wien“ und „Eingegangen am 8. Dezember 1936“.

22/ [Samuel] Rapoport/[Peter] Langen/[Eberhard] Hofmann: Die Bedeutung Otto Warburgs für die Entwicklung der Biochemie, Zellbiologie und Medizin. SB der Akademie der Wissenschaften der DDR. Mathematik – Naturwissenschaften – Technik. Jg. 1985, Nr. 3/N. Berlin 1985, 5.

23/ Hinderk Conrads/Brigitte Lohff/Tim Ripperger: Carl Neuberg – Biochemie, Politik und Geschichte. Stuttgart 2006.

24/ DÖW Sammlung Marika Szécsi/Mitja Rapoport. Nr. 21066.

25/ Der Brief von Soyfer an Mitja und Marika Rapoport vom 21. Februar 1938 ist abgedruckt in: Jura Soyfer. Sturmzeit. Briefe 1931–1939. Werkausgabe. Hg. von Horst Jarka. Band IV. Wien/Frankfurt a. M. 2002, 157–160.

26/ 124 (1938), 599–607: Effects of overdosage of irradiated ergosterol in rabbits: changes of diphosphoglyceric acid in the blood cells.

27/ *The Journal of Biological Chemistry* 189 (1951), 683–694 (Glycerate-2,3-Diphosphatase).

28/ Wissenschaft und Technik verständlich dargestellt 14/15. Berlin 1953.

29/ Lenin, Werke 28 (1975), 48–62.
 30/ Gus Hall: Der amerikanische Imperialismus in der Welt von heute. Eine Einschätzung wichtiger Fragen und Ereignisse unserer Zeit. Berlin 1976, 114–126.
 31/ Werke 29 (1976), 337.
 32/ Ingeborg Rapoport: Meine ersten drei Leben. Erinnerungen. Berlin 2002.
 33/ Gerhard Oberkofler/Peter Goller: Fritz Feigl (1891–1971). Notizen und Dokumente zu einer wissenschaftlichen Biographie. Hg. von der Zentralbibliothek für Physik in Wien. Wien 1994.
 34/ Yukiko Sakabe: Die Bibliothek von Guido Adler. *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 1/2007.
 35/ Peter Goller/Gerhard Oberkofler: Walter Hollitscher. Briefwechsel mit Otto Neurath (1934–1941), in: Alfred Klahr Gesellschaft. Quellen & Studien 2000. Wien 2000, 119–140.
 36/ Margarete Schütte-Lihotzky: Erinnerungen aus dem Widerstand. Das kämpferische Leben einer Architektin von 1938–1945. Wien 1994.
 37/ In: SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ. Geschichte und Bilanz. Wien 1983, 29–41, 36.
 38/ Karl Fellinger: Arzt zwischen den Zeiten. Wien/Hamburg 1984.
 39/ Nachruf von Franz Brücke, in: Almanach der ÖAdW für das Jahr 1970. Wien 1971, 315–330.
 40/ Humboldt Universität zu Berlin. Archiv. Akten der Medizinischen Fakultät (Sitzungsprotokolle). Der Personalakt Rapoport ist noch nicht freigegeben, weshalb vorerst nur die Ergebnisse der Fakultätssitzungen rekonstruiert werden können.
 41/ Ralf Forsbach: Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“. München 2006, 89.
 42/ Christina Witte: „Ungestört wissenschaftlich weiterarbeiten...“. Der Pharmakologe Peter Holtz (1902–1970). Greifswald (Dissertation der Medizinischen Fakultät). 1978.
 43/ Alfred Erck/Lothar Läscher/Helmut Steiner: Sozialismus und wissenschaftliches Schöpferium (= Wissenschaft und Gesellschaft 8). Berlin 1976, 33.
 44/ *Neues Deutschland* vom 27. November 1972 („ZK gratuliert Genossen Prof. Dr. Dr. Samuel M. Rapoport“).
 45/ Akten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Personalalia Rapoport. Frau Prof. Dr. Ingeborg Rapoport war so freundlich, die Erlaubnis zu deren Benützung zu geben!
 46/ Werner Scheler/Peter Oehme: Zwischen Arznei und Gesellschaft. Zum Leben und Wirken des Friedrich Jung (= Abhandlungen der Leibniz-Sozietät 8). Berlin 2002.
 47/ Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft an den Ostmarkdeutschen Hochschulen 1938/39, 60.
 48/ Franz Huter: Harold Steinacker. Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1965. Wien 1966, 306–335.
 49/ Peter Goller/Gerhard Oberkofler: „... daß auf der Universität für die Lehre, die dort vertreten wird, wirkliche Gründe gegeben werden!“

Wolfgang Gröbner (1899–1980). Mathematiker und Freidenker. In: Österreichische Mathematik und Physik. Wolfgang Gröbner – Richard von Mises – Wolfgang Pauli. Hg. von der Zentralbibliothek für Physik. Wien 1993, 9–49.
 50/ Bei den Frühjahrswahlen 2008 der Österreichischen Akademie wurde ein beflissentlicher Skribent und Aktenkopist im Dienst des Propagandaapparats des EU-Großreiches aus Hildesheim zum korrespondierenden Mitglied der philosophisch-historischen Klasse im Ausland gewählt!

Anhang

1) 1951 10 31. Wien. Gustav Schubert und Franz Seelich legen ihr Kurzreferat über das Habilitationsansuchen von Samuel Rapoport vor.

Original. Maschineschrift. Eigenhändige Unterschriften. Archiv der Universität Wien. Die Auslassungen im Text betreffen die Ziffern des von Rapoport beigelegten Verzeichnisses seiner Veröffentlichungen.

[...] Die Arbeiten Dr. Rapoports lassen sich am besten nach den Arbeitsgebieten in biochemische, physiologische und experimentelle, und klinische Untersuchungen einteilen.

Biochemische Arbeiten. 1. Die ersten [...] und einige der späteren Arbeiten [...] beziehen sich auf das Gebiet der chemischen Analyse. 2. Eine größere Gruppe befaßt sich mit dem Stoffwechsel der Diphosphoglycerinsäure und verwandter Verbindungen. Ihre Ergebnisse umfassen Studien über den Mechanismus des Zerfalls der Diphosphoglycerinsäure [...]; ihrer Rolle im Ionengleichgewicht der Erythrozyten [...]; die Auffindung eines Enzyms, der Diphosphoglyceratmutase [...]; die Entdeckung der Phytinsäure als bedeutenden Bestandteil der Vogelerythrozyten [...], und Untersuchungen über ihre Verteilung und Stoffwechsel [...]. 3. Eine Serie von Untersuchungen über die Fraktionen des säurelöslichen Phosphors von Leber und Niere [...]. Von ihren Ergebnissen mögen die Beobachtungen einer direkten Insulinwirkung auf die Verteilung des Leberphosphors, und der Nachweis, daß die Lebernukleotide eine Mischung von verschieden hoch phosphorylierten Abkömmlingen der Adenylsäure, deren Phosphorylierungsgrad vom Nahrungszustand abhängt, erwähnt werden. 4. Studien über die chemische Natur des Mekoniums, die ergaben, daß es hauptsächlich aus Mukopolysacchariden besteht, die hohe Blutgruppenwirksamkeit besitzen [...].

Physiologische und experimentelle Arbeiten. 1. Untersuchungen über die Veränderungen der Diphosphoglycerinsäure unter verschiedenen Bedingungen, unter denen experimentelle Azidose, diabetische Koma, Nierenschädigungen, Rachitis, und Unterbindung des Pylorus anzuführen sind [...]. 2. Studien über die Wirkung der Salzyllate, die die Aufklärung über die von ihnen bewirkte primäre respiratorische Alkalose [...] und

über ihren Einfluß auf Prothrombin- [...] und Fibrinogenspiegel [...] des Plasmas brachten. 3. Arbeiten über die physikalischen, osmotischen und chemischen Veränderungen der Erythrozyten während der Konservierung von Vollblut [...], die zur Ausarbeitung einer Konservierungsflüssigkeit führten, die die Aufbewahrung von Vollblut auf etwa 30 Tage ermöglicht. 4. Eine ausgedehnte Serie über die Ausscheidung von Wasser und Elektrolyten durch die Nieren. Dazu gehören Untersuchungen, in denen die Abhängigkeit der Harnmenge während der osmotischen Diurese im Wassermangelzustand von der Quantität des ausgeschiedenen harnfähigen Gutes nachgewiesen wurde [...]; Beobachtungen über Ionenantagonismus, die die Möglichkeit der Bedeutung elektrostatischer Faktoren für die Ausscheidung der Anionen im Harn aufwerfen [...]; Untersuchungen über den Einfluß der Nerven auf die Niere, die zur Auffindung einer direkten Nervenwirkung auf die Ausscheidung von Elektrolyten im Harn führten [...]; der Nachweis, daß die Flüssigkeit in den proximalen Nierenkanälchen mit dem Plasma isotonisch ist [...]; und schließlich der Hinweis auf das Bestehen eines biologischen Arbeitsmaximums der Niere, das während der osmotischen Diurese erreicht, aber nicht überschritten wird [...]. Andere nierenphysiologische Arbeiten sind im Zusammenhang mit den besprochenen Forschungen entstanden [...].

Klinische Arbeiten. Diese umfassen 1. eine Studie der Säuglingstoxikosen [...], die zur Entdeckung und Definition des sogenannten postazidotischen Zustands, der durch eigentümliche chemische Veränderungen des Blutes und eine besondere Symptomatologie gekennzeichnet ist, führte; 2. den Nachweis der Existenz und klinischen Bedeutung der Hyperosmose und Hyperelektrolytämie bei Säuglingskrankheiten [...]; 3. Studien über die Rolle der Hyperventilation als wichtiger Faktor in der Entstehung der Exsikkosen [...]; 4. Untersuchungen über das weitverbreitete Vorkommen und die klinische Bedeutung der Neugeborenentetanie [...]; 5. die Ausarbeitung von rationellen Methoden der parenteralen Flüssigkeits- und Ernährungstherapie [...]; und 6. Aufklärung des Wesens der japanischen Kinderkrankheit „Ekiri“ [...], die einer Kombination von infektiösen und chemischen Faktoren entspringt. Die von Herrn Dr. S. Rapoport vorgelegten und hier referierten Arbeiten zeigen nicht nur die Befähigung sondern auch das besondere Interesse des Gesuchstellers für wissenschaftliche Arbeit. Die beiden Referenten sind der Ansicht, daß diese Arbeiten den Anforderungen für die Verleihung der *venia legendi* für das Fach: Medizinische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der physiologischen und pathologischen Chemie vollauf entsprechen, Univ. Prof. Dr. G. Schubert, Vorstand des Physiologischen Institutes der Universität Wien. Univ. Prof. Dr. F. Seelich, Vorstand des Med. Chem. Inst. D. Univ. Wien.

2) 1969 07 08. Berlin. Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin Friedrich Jung, Helmut Kraatz und Karl Lohmann beantragen die am 4. September 1969 erfolgte Zuwahl von Samuel Mitja Rapoport als ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik. Gutachten von Friedrich Jung o. D.

Original. Maschineschrift. Eigenhändig Unterschrift von Friedrich Jung (Institut für Pharmakologie). Akademiearchiv. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

Professor Rapoport, Direktor des Instituts für Biologische und Physiologische Chemie der Humboldt-Universität und Lehrstuhlinhaber für Physiologische Chemie, ist heute international als einer der profiliertesten und erfolgreichsten Vertreter der europäischen Biochemie anerkannt.

1. Wissenschaftliche Leistungen.

Bereits vor Aufnahme einer Tätigkeit in der DDR hat Prof. Rapoport durch Entdeckung des 2–3 Diphosphoglycerinsäuregehaltes in den roten Blutkörperchen einen wesentlichen Beitrag zur Biochemie des Blutes geleistet. Im Zuge dieser Arbeiten ergab sich die Entwicklung einer Blutkonservierungslösung, die von hoher praktischer Bedeutung war und durch die US-Behörden mit einer hohen staatlichen Auszeichnung anerkannt wurden. Von großer Bedeutung waren ferner seine damaligen Studien über physiologische Prozesse in der Niere. Die Biochemie der roten Blutzelle und insbesondere die Regelung des Blutkörperchenstoffwechsels bzw. allgemein Vorgänge bei der Zellentwicklung, beim Zellwachstum und bei der Zellalterung stehen im Vordergrund seiner Arbeiten seit Übernahme des Lehrstuhls für Physiologische Chemie an der Humboldt-Universität. Die Entdeckung stoffwechselregulierender spezifischer Faktoren während der Erythrozytenreifung hat international großes Aufsehen erregt. Außerordentlich systematisch ist von ihm die Veränderung der Aktivität und der Gehalt von Enzymsystemen in sich entwickelnden Zellen als Beitrag zur Lenkung und Steuerung des Lebensprozesses untersucht worden. Besonders interessante Ergebnisse zeigten sich vor allem bei der Analyse der SH-abhängigen Enzymsysteme. Im Zuge dieser Arbeiten ergaben sich wesentliche Konsequenzen für die medizinische Diagnostik. Es ist ihm zu verdanken, daß in der DDR Produktionsmöglichkeiten für eine Reihe wichtiger Biochemikalien geschaffen wurden und auf dieser Basis für die Klinik modernste enzymatische Tests entwickelt wurden. Die systematische Anwendung dieser Tests durch die von ihm geleitete Arbeitsgruppe hat große Bedeutung bei der Analyse der Epidemiologie der Virushepatitis gewonnen, sie wird für die Bekämpfung dieser Erkrankung von entscheidender Bedeutung sein.

Unter seinen zahlreichen Buchpublikationen ist besonders sein Lehrbuch der Physiologischen Chemie hervorzuheben. Es hat international größtes Aufsehen erregt und dürfte derzeit das beste bestehende Lehrbuch seines Faches sein. Es ist ein Musterbeispiel für ein nach modernen didaktischen Gesichtspunkten aufgebautes Lehrbuch, welches im übrigen sehr konsequent auf der Basis der dialektisch-materialistischen Naturphilosophie aufbaut. Es wurde von sowjetischen und englischen Verlagen übernommen.

Große Bedeutung für die Förderung des internationalen wissenschaftlichen Austausches hat das von ihm veranstaltete Symposium über Struktur und Funktion der roten Blutzelle, das 1967 zum V. Mal abgehalten wird und Wissenschaftler aus allen Ländern der Erde in die DDR geführt hat.

2. Wissenschaftsorganisatorische Leistungen.

Prof. Rapoport ist Mitglied des Forschungsrates der DDR und Vizepräsident des Rates für Planung und Koordinierung beim Minister für das Gesundheitswesen. Seine Fähigkeiten Probleme der Planung und Leitung der Wissenschaft zu erfassen war bereits bei der Ausarbeitung des sogenannten Weimarer Perspektivenplans eine entscheidende Hilfe. Sie ist weiterhin wirksam geworden bei der Ausbildung der Bildungskonzeption, bei der gesamten prognostischen und Planungsarbeit der Gebiete Biologie und Medizin. Persönliche Energie und Einsatzfreude, wie eine umfassende Einsicht in alle vorliegende Probleme charakterisieren seine diesbezügliche Tätigkeit.

Innerhalb der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität hat Prof. Rapoport durch Entwicklung seines Instituts zum sozialistischen Institut ein hervorragendes Vorbild gegeben. Aus diesem Arbeitskollektiv sind zahlreiche begabte Schüler herausgewachsen. Prof. Rapoport hat wesentlichen Anteil an der Studienreform Medizin und der Entwicklung moderner und effektiverer Formen der ärztlichen Ausbildung.

Für die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens in der DDR hat sich Prof. Rapoport stets mit außerordentlicher Intensität und großem Erfolg eingesetzt. Wesentliche Erfolge sind hierbei die Gründung der Berliner Physiologischen Gesellschaft der DDR, die Schaffung der *Acta biologica et med[ica]. germanica*, an denen er maßgeblich beteiligt war. Rückhaltlos hat er innerhalb der internationalen Organisationen für die Durchsetzung der Rechte der DDR-Wissenschaftler während vieler Jahre sich eingesetzt und auch dabei entsprechende Erfolge erzielt. Er tritt konsequent und aktiv im internationalen Wissenschaftsbetrieb als Vertreter unserer Republik auf und setzt sich ebenso konsequent für eine enge freundschaftliche und kollektive Arbeit der Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern ein. Mit aus diesem Grunde genießt er speziell in der UdSSR ein außerordentlich hohes Ansehen.

3. Politische und gesellschaftliche Aktivität.

Professor Rapoport ist seit 1934 Mitglied einer kommunistischen Partei und hat sich seither be-

dingungslos – auch während der Emigration in die USA – für die Ziele der kommunistischen Weltbewegung eingesetzt. Folgerichtig wurde er zur Emigration aus seinem Heimatland Österreich gezwungen und später aus der USA ausgewiesen. Er ist Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei, deren Ziele er unentwegt mit großer eigener Initiative und mit großem Verantwortungsbewußtsein, sowohl im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit an der Berliner Universität, im Rahmen seiner staatlichen Verantwortungen und schließlich auch im allgemeinen gesellschaftlichen Leben durchzusetzen versucht. Dementsprechend haben ihm seine Genossen regelmäßig auch verantwortliche Leitungsfunktionen übertragen. Er war Mitglied der Universitäts- und Fakultätsparteileitung.

4. Die hervorragenden Leistungen von Prof. Rapoport auf wissenschaftlichem Gebiet wurden vielfältig ausgezeichnet, insbesondere mit einem Nationalpreis. Er ist Träger der Hufelandmedaille, des Vaterländischen Verdienstordens und des Ordens Banner der Arbeit, welche ihm in Hinblick auf erfolgreiche Arbeit im staatlichen Gesundheitswesen und der staatlichen Wissenschaftsorganisation verliehen wurden.

Mit dieser Zuwahl von Prof. Rapoport in die Deutsche Akademie der Wissenschaften würde diese für ihre Arbeit einen Wissenschaftler gewinnen, der unserer Republik treu verbunden ist und insbesondere unermüdlich, wie auf der Grundlage höchster Sachkenntnis um die Entwicklung unseres Staates zu einer vollendeten sozialistischen Menschengemeinschaft kämpft. Sie würde einen Wissenschaftler gewinnen, der auf Grund seiner wissenschaftlichen und wissenschaftsorganisatorischen Leistungen international als einer der hervorragendsten Vertreter der jungen und bewußten DDR-Wissenschaft gilt. Er wird auf Grund seiner wissenschaftlichen wie seiner gesellschaftlichen Qualifikation bei der Verwirklichung der großen Ziele, welche sich die Deutsche Akademie der Wissenschaften im Zuge des vollendeten Aufbaus des Sozialismus in der DDR setzt, entscheidende Beiträge zu leisten vermögen.

Prof. Dr. F. Jung

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2008 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen des Verlages der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

Thomas Schönfeld (1923–2008)

ROBERT ROSNER

Am 22. Mai 2008 starb em. o. Univ.-Prof. Dr. Thomas Schönfeld nach schwerer Krankheit, wenige Wochen vor seinem 85. Geburtstag.

Thomas Schönfeld kam aus einer Familie, für die eine Stellungnahme zu gesellschaftlichen und politischen Fragen stets ein wichtiges Anliegen war. Sein Vater, Dr. Bruno Schönfeld, war Soziologe und ein bekannter Rechtsanwalt, der in der Zeit des Austrofaschismus unter anderen den späteren Bundespräsidenten Franz Jonas verteidigte und dessen Freispruch erwirkte. Er wurde im März 1938, nach der Besetzung Österreichs verhaftet und blieb mehrere Monate in Haft. Thomas war 15 Jahre alt, als die Gestapo ins Haus kam und seinen Vater mitnahm.

Glücklicherweise gelang es der Familie zu flüchten, erst nach Großbritannien und

dann in die Vereinigten Staaten. Schönfeld begann sein Studium 1940 am traditionsreichen Ursinus College in Collegeville, Pennsylvania. Als Physikprofessor hatte er dort John W. Mauchly, der später den ersten elektronischen digitalen Computer ENIAC baute. 1943 setzte Schönfeld sein Studium an der Columbia University fort, wo er auch als wissenschaftliche Hilfskraft arbeitete. 1944 wurde er zur Armee einberufen, nachdem er sein Studium mit besonderer Auszeichnung am Ursinus College beendet hatte. Ein anderer Student, dessen wissenschaftliche Laufbahn an diesem College begann, ist Gerald M. Edelman, der 1972 den Nobelpreis für Medizin erhielt.

Nach dem Krieg arbeitete Schönfeld einige Zeit als Angestellter der US-Militärregierung in Deutschland und kehrte 1947 mit seiner Frau Mia nach Wien zurück, um hier sein Studium fortzusetzen und am Aufbau einer kommunistischen Studentenorganisation mitzuarbeiten.

Bei seiner Dissertation am I. Chemischen Institut der Universität Wien über „Adsorptionserscheinungen in hochverdünnten Lösungen“, die er unter der An-

leitung von Univ.-Doz. Dr. Engelbert Broda durchführte, begann er erstmals mit radioaktiven Isotopen zu arbeiten, ein Gebiet, das sein ganzes weiteres wissenschaftliches Leben prägen sollte. Damit begann auch seine lebenslange Freundschaft mit Engelbert Broda.

Nach seiner Promotion wurde Schönfeld Assistent am I. Chemischen Institut.



Nach seiner Habilitation 1963 wurde er 1968 zum Titularprofessor ernannt. Schließlich erfolgte 1972 seine Berufung zum Ordinarius am Institut für Anorganische Chemie der Universität Wien.

Lange Zeit leitete Schönfeld das Anfängerpraktikum dieses Instituts, zu dessen Modernisierung er wesentlich beigetragen hatte. Da alle Studentinnen und Studenten der Chemie und Physik dieses Praktikum absolvieren mussten, konnte eine ganze Generation von Chemikern und Physikern von Schönfeld lernen, wie man wissenschaftliche Fragen einfach erklären kann.

Es war die Zeit, in der radioaktive Isotopen erstmals nicht nur für wissenschaftliche und medizinische Zwecke Anwendung fanden, sondern zum Werkzeug für die verschiedenen Anwendungen wurden, etwa um die Dichte von Rohrleitungen zu überprüfen. Andererseits war es die Zeit, in der als Resultat des Kalten Krieges die Möglichkeit einer radioaktiven Verseuchung weiter Gebiete immer mehr Gestalt annahm. Beides waren Themen, mit denen sich Schönfeld in der Folge beschäftigte. Im Jahre 1956 erschien das Buch „Die techni-

schen Anwendungen der Radioaktivität“, das Schönfeld gemeinsam mit Engelbert Broda verfasste und das ins Japanische, Polnische, Rumänische, Russische, Tschechische und in das Englische übersetzt wurde. Im Jahre 1958 veröffentlichte der *Österreichische Friedensrat* die Schrift „Tödliche Strahlen, tödlicher Staub, wie die Wissenschaft die Atom-

bombenversuche beurteilt“ unter Beratung von Thomas Schönfeld und Friedrich Scholl.

Schönfeld bemühte sich mit Vorträgen und einer zielgerichteten Ausstellung, die auch in den Bundesländern gezeigt wurde, alles zu tun, um die österreichische Öffentlichkeit auf diese Gefahren aufmerksam zu machen. Auch seine wissenschaftliche Arbeit diente diesem Zweck. Das Forschungsprojekt „Deposition of

inhaled fission products in lungs and lymph nodes of human beings“, an dem er im Auftrag der internationalen Atombehörde von 1958 bis 1965 arbeitete, zeigte, in welchem Ausmaß die Menschen in Österreich von den Folgen der Atombombenversuche betroffen waren.

Aufgrund seines großen Fachwissens wurde er als Berater für das Forschungszentrum Seibersdorf für Fragen des Strahlenschutzes herangezogen. Er wurde weiters Mitglied der Österreichischen Strahlenschutzkommission. Im Jahre 1997 wurde er für seine grundlegenden Arbeiten auf dem Gebiet der Radio- und Strahlenchemie von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit dem Erwin Schrödinger-Preis ausgezeichnet, nachdem er bereits 1959 für seine radiochemischen Arbeiten den Wissenschaftspreis des Theodor Körner-Fonds erhalten hatte.

Als Vertreter des *Österreichischen Friedensrates* nahm Schönfeld an Kongressen im Inland und Ausland teil, an denen die Forderung zur Ächtung der Atomwaffen zentrales Thema war. Andere Tagungen, an denen Schönfeld als Vertreter des *Österreichischen Friedens-*

rates teilnahm, untersuchten, wie weit bereits gefasste UNO-Beschlüsse, wie etwa das Verbot von Landminen oder das Verbot von biologischen Waffen tatsächlich umgesetzt worden waren.

Schönfeld war auch in engem Kontakt mit den Aktivitäten der internationalen *Pugwash-Bewegung*, in der sich führende Wissenschaftler bemühten, gemeinsame Wege zur Abrüstung zu erarbeiten. Es war Schönfeld zu verdanken, dass Nobelpreisträger Professor Joseph Rotblat als Präsident des *Pugwash-Komitees* 1998 nach Wien kam und an der Universität einen Vortrag hielt. Ebenso war er maßgeblich daran beteiligt, dass es zu einer Gründung des *NGO Committee on Peace, Vienna* mit Sitz im Vienna International Centre kam, an dem sich die verschiedenen österreichischen Friedensorganisationen beteiligten.

Schönfelds lebenslange Freundschaft mit seinem Lehrer Engelbert Broda drückte sich nicht nur in gemeinsamer Forschung zur Isotopenchemie aus. Schönfeld war auch einer der Herausgeber von ausgewählten Schriften Brodas mit dem Titel „Wissenschaft, Verantwortung, Frieden“. Nach dem Tod Engelbert Brodas 1983 sorgte er für eine erweiterte Ausgabe von dessen Biographie über Ludwig Boltzmann, die Broda nicht mehr zu Ende führen hatte können.

Brodas Interesse für die Geschichte der Wissenschaft in Österreich spricht aus diesen Vorhaben. Das gilt auch für Schönfeld. Er organisierte gemeinsam mit Professor Fleischhacker das Symposium anlässlich des hundertsten Todestages von Josef Loschmidt, an dem Wissenschaftler aus der ganzen Welt teilnahmen. Es war charakteristisch für Schönfeld, dass er einige seiner Studenten für dieses Symposium begeistern konnte, so dass neben den prominenten Professoren auch junge Diplomanden zu hören waren. Auch für die 2003 erschienene Biographie der österreichischen Physikerin Marietta Blau hat Schönfeld wichtige Beiträge verfasst. Ohne seine Mitarbeit wäre die Biographie nie erschienen. Es war für Schönfeld selbstverständlich, dass er die Arbeitsgruppe GÖCH „Geschichte der Chemie“ stets mit Anregungen und Vorträgen unterstützt hat.

Professor Thomas Schönfeld gehörte einer Generation an, die gehofft hatte, dass nach dem Sieg über den Faschismus eine bessere und friedliche sozialistische Zukunft bevorsteht. Trotz aller Enttäuschungen hat er nie aufgehört, sich mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür einzusetzen, dass eine bessere Zukunft kommt.

Habsburg einst – und jetzt

THOMAS SCHÖNFELD



Der angehende, neunzehnjährige Chemiestudent Thomas Schönfeld nimmt im Februar 1943 in der in London und New York erscheinenden Nummer von „Jugend voran“, der „Zeitschrift der österreichischen Weltjugendbewegung. Anti-Nazi Periodical of the Austrian world youth-movement“, gegen Bestrebungen habsburgischer Restauration und die damit verbundene Verniedlichung des Habsburgerimperialismus und der habsburgischen Kriegsverbrechen 1914 bis 1918 Stellung. Angesichts gegenwärtiger Verklärung habsburgischer „Europaideologien“ ist Thomas Schönfelds Text ein aktueller! (Zu den historischen Hintergründen vgl. Simon Loidl: Österreichische KommunistInnen im Exil in den USA 1938–1945. Diplomarbeit Universität Wien 2004).

Für uns junge Österreicher war der Name Habsburg mehr oder weniger ein geschichtlicher Begriff. Die Habsburgermonarchie war ein System, mit dem unsere Eltern Schluss gemacht hatten und deren Versuche wieder zu Macht zu gelangen, nicht den geringsten Erfolg hatten. Aber heute erhebt sich das schwarze, oder besser gesagt das schwarz-gelbe Gespenst der Habsburgerreaktion von Neuem. Es ist eine Gefahr für alle Völker, die mit der alten Monarchie zu tun hatten, aber ganz besonders bedroht es den Freiheitskampf des österreichischen Volkes.

Die österreichisch-ungarische Monarchie ist 1918 zerschlagen worden. Die Völker, die in ihr lebten, haben sie zertümmert, um nationales Selbstbestimmungsrecht zu erlangen. In ihrer Zeitung, „Voice of Austria“ (Jänner 1943) bezeichnen die Habsburger das Selbstbestimmungsrecht als „Hohles Schlagwort“ und Otto von Habsburg selbst

schreibt, dass die Monarchie eine „Völkergemeinschaft“ war („Foreign Affairs“ Jänner 1942). Die Habsburger versuchen die Zertrümmerung der Monarchie auf die Friedensverträge zurückzuführen und den Kampf der Völker gegen Zwang und Unterdrückung zu vertuschen.

Vergessen wir nicht, dass die Monarchie schon vor dem ersten Weltkrieg ein recht wankendes Gebäude war. Sie war sozial rückständig und ein Anhängsel der Berliner Außenpolitik. Trotz des Aufhetzens von Volk gegen Volk und des Ausspielens von Gruppe gegen Gruppe wollte die Opposition nicht nachlassen. Im Kriege wurde der Widerstand immer größer, besonders in den slawischen Gebieten, aber auch in Österreich und Ungarn selbst. Schon der Jännerstreik des Jahres 1918 zeigte, dass die österreichischen Arbeiter von der Herrschaft und dem Raubkrieg der Habsburger genug hatten. In Wien herrschte Hunger und Kohlennot; aber die Habsburger führten

den Krieg weiter und hunderttausende Österreicher mussten ihr Leben für die Ziele der preußischen und österreichischen Herrscher lassen.

Aber die Geduld der Völker hat ein Ende. Die Sturmflut der Aufstände verjagte die Habsburger. Die Errichtung der österreichischen Republik wurde von der ganzen Welt begrüßt. Die Habsburger mussten fliehen, aber sie verzichteten nicht. Das große Intrigieren begann; Erfolge aber waren nicht zu verzeichnen. Der Februar 1934 muss als ihr erster Erfolg bezeichnet werden. Die Vernichtung der österreichischen Demokratie durch die Faschisten auf das Geheiß Mussolinis brachte auch Habsburg-Freunde ans Ruder. Leute wie Starhemberg und Zernatto haben sich beim österreichischen Volk verhasst gemacht, und ihre Namen sind nicht vergessen worden. Monarchistische Propaganda wurde legalisiert, und Habsburgerprinzen zeigten sich in Heimwehruniformen, aber sie kamen keinen Schritt vom Fleck. Ihre Unbeliebtheit beim österreichischen Volk war so groß, dass nicht einmal Mussolini sich ihrer bedienen wollte.

Heute sind die Habsburger wieder aktiv. Sie hoffen im Krieg zu erreichen, was ihnen im Frieden nie gelungen ist: gewaltsame Restauration und Aufrichtung einer Diktatur über alle Länder im Donauraum, die entweder ganz oder teilweise zur alten Monarchie gehört haben. Der Krieg hat für sie nur den einen Sinn: Restauration! Sie hassen alle, die demokratisch denken und für den Aufbau einer freien Welt nach der Ausrottung des Faschismus eintreten.

Das Habsburgorgan „Voice of Austria“ (Jänner 1943) beschimpft die „eingebildeten Leute tschechischer, jugoslawischer und polnischer Abstammung“, die in dem Kampf gegen Hitler einen Freiheitskrieg sehen. Sie hetzen gegen England, weil ihre Pläne beim englischen Volk auf Widerspruch gestoßen sind. Sie treiben einen Keil zwischen die Sowjet-Union und die anderen Verbündeten Nationen, indem sie heuchlerisch behaupten, dass der Arbeiter durch die Teilnahme der Sowjet-Union „verwirrt werden könnte“. (Otto Habsburg, N. Y. Times, 14. Juli 1942). In letzter Zeit wenden sie sich gegen amerikanische Demokraten, die auf dem Boden des Atlantic Charter stehend, den Restaurationsgedanken ablehnen. Die Entrüstung vieler amerikanischer Zeitungen über ihre Intrigen wird als „tschechisch-kommunistische Hetzkampagne“ bezeichnet.



Studienbuch der Universität Wien vom 20. Oktober 1947: Thomas Schönfeld setzt nach der Rückkehr aus dem US-amerikanischen Exil das Chemiestudium an der Universität Wien fort.

Das alles klingt wie Nazi-Propaganda, und es nützt auch niemandem anderen, als den bestialischen Faschisten. Der offene Kampf gegen die Hitlerdiktatur in den unterdrückten Ländern hat begonnen und sich bereits zu einem bedeutenden Faktor entwickelt. Nur wenige Waffen stehen den heldenhaften Kämpfern zur Verfügung, und sie erwarten die aktive Unterstützung der demokratischen Mächte. Entsteht auch nur der Anschein, dass nach Hitler Habsburg kommen könnte, so lähmt man den antifaschistischen Kampf und hilft Hitler. Das ist ein Schlag nicht nur gegen die Donauvölker, sondern gegen alle verbündeten Nationen.

Für Österreichs Freiheitskampf ist das Auftreten der Habsburger besonders schädlich. Die Untergrundbewegung hat festere Formen angenommen und Guerillatätigkeit hat eingesetzt. Der Naziterror wütet vergeblich. Es wäre eine Katastrophe, wenn das österreichische Volk nur den leisesten Verdacht schöpfen könnte, dass alle seine Opfer nicht zur Befreiung, sondern zu erneuter Tyrannei führen sollten.

Die Österreicher in allen Ländern müssen eine klare Stellung zu Habsburg beziehen. Wir wollen mit allen jenen zusammenarbeiten, die bereit sind für Österreichs Selbstbestimmungsrecht zu

kämpfen und für das befreundeter Völker eintreten, auch wenn sie monarchistischer Gesinnung waren oder sind, aber Habsburgs Programm heißt Unterdrückung, Annexion, neue Tyrannei und neuer Kampf gegen alle Demokraten. Mit solchen Zielen gibt es keinen Kompromiss. Wie alle anderen Völker wird das österreichische Volk in Zukunft sein eigenes Schicksal entscheiden und seine Führer selbst wählen. Habsburg schädigt und zersplittert den Kampf gegen den Faschismus und gefährdet den Sieg.

Habsburg muss von der Bildfläche verschwinden, weil wir für die Freiheit des österreichischen Volkes kämpfen und siegen müssen.

Neuerscheinung

Claudia Kuretsidis-Haider/Heimo Halbrainer/Elisabeth Ebner (Hrsg.):

**„Mit dem Tod bestraft“
Historische und aktuelle Aspekte
zur Todesstrafe –
Gesellschaftspolitik, Strafrecht
und Völkerstrafrecht**

Graz: Clio – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit 2008

ISBN 978-3-902542-16-8

220 S., 22,00 Euro

Bestellungen: verlag@clio-graz.net

Der österreichische Widerstand 1938–1945

Mit seinem Buch „Der österreichische Widerstand 1938–1945“ hat Wolfgang Neugebauer, der langjährige Leiter des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* (DÖW) ein wichtiges Stück österreichische Zeitgeschichte wissenschaftlich erarbeitet und dokumentiert. Umfassend werden die vielen Facetten des Widerstands auf der Grundlage eines reichen Quellenmaterials von NS-Justizakten und Interviews dargelegt. Ausführlich behandelt werden die verschiedenen Gruppen, ihre Motivationen und die vielfältigen Arten des Widerstands. Hervorragende Persönlichkeiten, aber auch viele weniger bekannte Frauen und Männer aus allen politischen Lagern werden mit Kurzbiografien und teilweise auch mit Fotografien gewürdigt.

Um nur einige der wichtigsten Gruppen zu nennen: Der organisierte politische Widerstand der KommunistInnen und SozialistInnen und anderer kleinerer linker Gruppen, der religiös motivierte Widerstand von Priestern und Ordensfrauen und der Zeugen Jehovas, der jüdische Widerstand, der bewaffnete Widerstand der Partisanen, der Widerstand im Militär und durch Desertion, der Widerstand in den Gefängnissen und Konzentrationslagern und der Widerstand der Betroffenen und der Kirche gegen die Euthanasie, sowie die überparteilichen Widerstandsgruppen in der Endphase 1944/45 wie zum Beispiel die Gruppe O5. Auch der Widerstand der ÖsterreicherInnen im Exil wird behandelt: z.B. Die mündliche und schriftliche Aufklärungsarbeit in Belgien und Frankreich unter den deutschen Besatzungssoldaten, die Teilnahme am Krieg in den Armeen der Alliierten und das österreichische Freiheitsbataillon in Jugoslawien. Gezeigt wird auch der unorganisierte Widerstand durch Schwarzhören, regimfeindliche Äußerungen, Hilfe für Juden und Kriegsgefangene usw.

Das Buch gibt auch einen informativen Überblick über den Nationalsozialismus in Österreich, der schon vor der deutschen Besetzung mit Terrorakten und Unterwanderung der Polizei und anderer Institutionen eine aktiv illegale Bewegung war. An vielen Beispielen wird der mutige Widerstand gegen das verheerende System des Nationalsozialismus dokumentiert. Dieses System hatte einen gewaltigen Repressionsapparat, der mit Folter und Mord seine Gegner vernichtete, der den Massenmord an Juden durchführte und dessen Richter und Staatsan-

wälte bis in die letzten Tage Todesurteile auf Grund des „Heimtückegesetzes“, der „Wehrkraftzersetzung“, des „Hochverrats“ verfügt haben. Wegen Schwarzhörens, „Rassenschande“ oder Hilfe für Juden oder Kriegsgefangene wurden Menschen ins KZ eingewiesen. Die Enteignung, Entrechtung und Vertreibung der Juden wurde durch antijüdische Gesetze „legalisiert“. Mit der T4-Euthanasiemordaktion töteten Ärzte viele Kinder und behinderte Menschen. Durch das Einschleusen von Spitzeln in die Widerstandsgruppen und durch Denunzianten aus allen gesellschaftlichen Schichten wurden Tausende zum Tode verurteilt. Die Gesamtzahl aller aus politischen Gründen Inhaftierten wird mit ca. 100.000 angegeben (S. 236).

Eindrucksvoll und bewegend geben die Namen und das Schicksal von vielen WiderstandskämpferInnen ein lebendiges Bild vom Mut und der Charakterstärke von KommunistInnen, SozialistInnen und ChristInnen, die ihr Leben im Kampf gegen das grausame faschistische Regime für die Befreiung Österreichs einsetzten.

Bei der Präsentation seines Buches wies der Autor darauf hin, dass die allseitige Darstellung des Widerstands und seines Ausmaßes nicht selbstverständlich seien. Das konnte man auch bei den Gedenkfeiern feststellen. Der Widerstandskampf der KommunistInnen wird vom offiziellen Österreich fast totgeschwiegen. Neugebauer dokumentiert, dass mit der Erklärung des ZK der KPÖ vom 12. März 1938 die kommunistische Partei vom ersten Tag der Besetzung an zum Widerstand aufgerufen hat und KommunistInnen für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreich gekämpft haben. Auch der Kampf gegen die Kulturbauerei und gegen den Antisemitismus wurde in diesem Aufruf als Zielvorstellungen festgelegt (S. 66). Wolfgang Neugebauer schreibt: „Wenn man von den vorhandenen Polizei- und Gerichtsakten ausgeht, war der Widerstand der KommunistInnen zahlenmäßig der mit Abstand stärkste von allen politischen Gruppen. Vom VGH und OLGH Wien wurden mehr KommunistInnen verurteilt als von allen anderen Gruppierungen zusammen“ (S.68). Das erklärt auch die hohe Zahl von 2.000 Todesopfern, die die KPÖ zu beklagen hatte.

In seiner Analyse der Haltung der Nachkriegsregierungen und breiter Schichten der österreichischen Bevölkerung, die dem Widerstand skeptisch bis feindlich gegenüberstanden, wird gezeigt, wie die anfängliche Zusammenarbeit der

drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ als ein Ergebnis des antifaschistischen Kampfes allmählich zerfiel. Mit dem Kalten Krieg wurden die KommunistInnen ausgegrenzt, um Nazistimmen gebuhlt und der Widerstand „angezweifelt, bagatellisiert oder geleugnet“ (S. 239). Neugebauer schreibt: „Nur wenn es darum ging, sich außenpolitische Vorteile zu verschaffen oder bei feierlichen Anlässen wurde der Widerstand verbal hochgehalten. Das offizielle Österreich hat lange gebraucht, um sich zu einem Einbekenntnis der Mitverantwortung der Österreicher am Nationalsozialismus durchzurufen“ (S. 238). Erst im Juli 1991 hat das erstmals der Bundeskanzler Franz Vranitzky getan. In der Bewertung des Widerstands und seiner Anerkennung hat sich vieles geändert. In Schulen, in der Öffentlichkeit ist Widerstand zum diskutierten Thema geworden. Viele engagierte HistorikerInnen haben durch ihre Forschung dazu beigetragen. Aber immer noch finden die „alljährlichen berüchtigten Ullrichsbergtreffen in Kärnten statt, wo Kriegsveteranen und SS-Angehörige aber auch junge Rechtsextremisten in Erscheinung treten, bieldern sich Landes- und Bundespolitiker in pathetischen, zum Teil pronazistischen Reden an die Kriegsgeneration an“. In diesem Zusammenhang betont der Autor: „Am deutlichsten sichtbar wurde die zwiespältige Einstellung der österreichischen Politik zu Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg am Beispiel der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Aus Opportunismus gegenüber der Kriegsgeneration weigerten sich viele Regionalpolitiker die Ausstellung zu unterstützen oder den Ehrenschatz zu übernehmen“ (S. 239).

Das Buch von Wolfgang Neugebauer ist ein wertvoller Beitrag zur Erhellung dieses dunklen Kapitels unserer Geschichte und den Auswirkungen bis heute. „In einer Zeit, in der – zu Recht – sehr viel über österreichische Täter, über Schuld und Verantwortung von Österreichern für den Nationalsozialismus gesprochen wird, in der das mangelnde Eintreten zugunsten jüdischer Menschen und anderer Verfolgter beklagt wird, sollten die Österreicherinnen und Österreicher, die unter Einsatz ihres Lebens dem mörderischen Naziregime widerstanden, die ein anderes, ein von humanen und kulturellen Werten geprägtes Österreich repräsentierten, jedenfalls nicht gering geschätzt werden“ (S. 238).

Möge das Buch Wolfgang Neugebauers von vielen jungen Menschen gelesen werden und damit der Widerstand ge-

gen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Antikommunismus – gegen Unmenschlichkeit und Unrecht gestärkt werden.

IRMA SCHWAGER

Wolfgang Neugebauer: Der österreichische Widerstand 1938–1945. Wien: Edition Steinbauer 2008, 287 S., 22,50 Euro.

Es gibt nur einen Pätzold

Zu den Memoiren des Historikers Kurt Pätzold

Bereits zu Anfang des neuen Jahrtausends hat Kurt Pätzold, einer der renommiertesten Faschismusforscher unserer Zeit, persönliche Rückblicke veröffentlicht (*Wendezeit – Zeitwende. Bericht über einen Abbruch*. Berlin 2001). Blieben diese jedoch bezogen auf die Umbruchjahre 1989/90, deckt der nun vorliegende Band das ganze Leben des 1930 in Breslau geborenen Historikers ab und wird dem Untertitel „Erinnerungen“ mehr als gerecht. Das Buch liefert einen in derartiger Perspektive bislang einmaligen Einblick in das Innenleben der ostdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945/49, deren Etappen Pätzold allesamt als persönlich involvierter Akteur (Student, Sekretär einer universitären Grundorganisation, Wissenschaftler an Akademie und Universität, Inhaber einer ordentlichen Professur, Sektionsleiter) durchlief. Es erhellt Fakten, Zusammenhänge und Entwicklungen auf dem Gebiet der ostdeutschen Geschichtswissenschaft und entwirft ein dem eigenen kritischen Anspruch Pätzolds verpflichtetes Gesamtbild dessen, was es bedeutete, in der DDR und an ihren verschiedensten Institutionen als Historiker tätig gewesen zu sein.

Pätzold kam 1965 an die Humboldt-Universität zu Berlin, nachdem er zuvor an der Akademie der Wissenschaften der DDR beschäftigt war, von dort jedoch nach der Teilnahme an einem informellen Abendgespräch mit westdeutschen Historikerkollegen im Zuge des Historikertages der BRD 1964 (in Westberlin) strafversetzt wurde (S. 160f.). Im Zuge seiner Mitarbeit an einem Lehrbuch in der Reihe „Deutsche Geschichte“ fand er hier, an der Universität, sein Lebensthema: die Verfolgung und Ermordung der Juden durch die deutschen (und europäischen) Faschisten.

In einer Zeit, da sich die Forschungen zum Holocaust weitestgehend verselbstständigt hatten und es kaum eine US-Universität gab, die nicht einen eigenen Lehrstuhl für so genannte „Holocaust studies“ eingerichtet hatte, rückte der generelle Kontext der Judenverfolgung immer wei-

ter aus dem Fokus des wissenschaftlichen Interesses. Zur informellen Norm in der bürgerlichen Forschung wurde bald ein ideen- und personengeschichtlicher Ansatz, der den Holocaust einer faschismustheoretischen Erklärung entrückte, an diejenige eines unerklärbaren, irrationalen und als „wahnwitzig“ apostrophierten Massenmördertums band und solcherart in Richtung eines „negativen“ Kulminationspunktes der Weltgeschichte mystifizierte. Pätzold dagegen begreift die faschistische Judenpolitik im Sinne einer materialistischen Geschichtsauffassung als Teil der umfassenden Expansionsstrategien der Nazis und insistiert nachdrücklich auf eine genaue zeitliche Verortung der unterschiedlichen Etappen der Judenverfolgung, die immer den „großen“ politischen Dispositionen des deutschen Faschismus und seiner kapitalistisch geprägten Eroberungspläne nachgeordnet blieb – „Auschwitz existierte 1933 auch in den Phantasien selbst dieser Judenhasser nicht“ (S. 191). Der Holocaust könne und dürfe in diesem Deutungshorizont jedoch nicht mehr als der alles determinierende Nervus rerum der Nazi-Herrschaft bezeichnet werden: „Ohne die Voraussetzung, dass den faschistischen Rassisten die Juden nicht als Menschen galten, gibt es keine Erklärung des Massenmordens. Doch dieser Rassenwahn gibt nur eine Koordinate für jenes System ab, in dem das Verbrechen seinen geschichtlichen Platz hat.“ (S. 202) Mit einer derart differenzierenden Sichtweise machte sich Pätzold auch in der DDR nicht nur Freunde.

Pätzold versteht die Geschichtswissenschaft als eminent politische Disziplin. Daher ist seine Schilderung von Interesse, wie teils ignorant sich die Führung seiner Partei, der SED, die der „Intelligenz“ ein traditionelles Misstrauen entgegenbrachte, gegenüber dem Sachverstand ihrer eigenen Wissenschaftler verhielt. Teils herrschte eine Atmosphäre aus „Zensur und Selbstzensur“ (S. 151). Die „Erinnerungen“ drücken sich auch nicht vor der Benennung konkreter Vorfälle. Pätzold erwähnt die Durchsetzung scheindemokratischer Verfahren auf allen Ebenen bis hin zur Universität, die die Wahlakte „nahezu zur Farce“ verkommen ließen (S. 114); erklärt auch in der gebotenen Ausführlichkeit die ihm nach 1990 zur Last gelegten Disziplinarfälle der Jahre 1968 und den Grad seiner persönlichen Verwicklung darin (S. 184ff.). In der Rückschau bemerkt er selbstkritisch, dass „mir unsere Entscheidungen als Sargnägel (erschieden), wenn ich auch bis heute nicht die monokausale

Deutung teile, die realsozialistischen Staatswesen seien allein an Demokratie-defiziten zugrunde gegangen“ (S. 248f.).

Für die *Süddeutsche Zeitung* ist dies der „Trotz“, der die „sachlich-gelassenen“ Passagen des Buches konterkariert. Denn, so wird mit erhobenem Zeigefinger angemerkt: „Kurt Pätzold hat das System der DDR gutgeheißen, zu seiner Meinung steht er noch heute.“ Diese Auffassung ist symptomatisch für den Umgang des heutigen Deutschlands mit seiner jüngsten Vergangenheit. Pätzold ist ein Großer seiner Zunft und kann nicht einfach kommentarlos beiseite geschoben werden. Darum wird gegenübergestellt: Den Pätzold der SED gegen den Pätzold der Relegation von der Akademie der Wissenschaften an die HUB, weil er an Westgesprächen teilnahm. Den Pätzold der so genannten Dimitroff'schen Faschismustheorie gegen den Pätzold als Verfasser der bahnbrechenden Arbeiten zu Rassenwahn und Judenverfolgung im Dritten Reich. Man will es sich ja leicht machen. Dass die materialistische – nicht einfach nur „Dimitroff'sche“ – Faschismustheorie das unerlässliche Fundament für seine Arbeiten zum Holocaust darstellt, wird einfach ignoriert. Und dass damit wiederum eine Verpflichtung zur aktiven politischen Partizipation und deklarierten Parteinarbeit für die entschlossenste Bewegung gegen Ausbeutung, Tyrannei und Faschismus, für den Sozialismus, verbunden ist, überfordert die Kommentatoren schlichtweg – oder wird bewusst ins Eck einer persönlichen „Verirrung“ abgedrängt, als „Spleen“ abqualifiziert, um sich nicht selbst von unangenehmen Fragen tangieren zu lassen.

Mit der Zerschlagung der DDR und der als „Abwicklung“ titulierten Liquidation ihres Wissenschaftssystems wurde von Seiten der nunmehr um das Gebiet Ostdeutschlands erweiterten BRD dafür gesorgt, dass marxistische Positionen in der Geschichtswissenschaft bis auf einzelne Ausnahmen vollständig marginalisiert (bis hin zu kriminalisiert) wurden. Pätzold selbst wurde 1992 von der Humboldt-Universität mit der doppelten Begründung gekündigt, ihm fehle einerseits die wissenschaftliche Qualifikation, habe er doch noch in den 1970er Jahren die Dimitroff'sche Faschismusdefinition vertreten (S. 267), andererseits auch die erforderliche „persönliche Eignung“. Das von ihm bemühte Arbeitsgericht Berlin gab in der Folge nicht nur sein juristisches Placet zur Vorgangsweise der Universität, sondern bezeichnete die Kündigung Pätzolds sogar als „zwingend gebotene Maßnahme [...], um einen →



Alfred Klahr Gesellschaft
www.klahrgesellschaft.at

Bildungsverein der KPÖ Steiermark
Lagergasse 98a, 8020 Graz
http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at



„Wege zum Fortschritt“ 90 Jahre Republik – 90 Jahre KPÖ Symposium

Graz, Samstag, 8. November 2008, 10.00–18.00
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Wien, Samstag, 15. November 2008, 10.00–18.00
ehemalige Kapelle im Alten AKH, Spitalgasse 2–4/Hof 2, 1090 Wien



10.00 Begrüßung durch Dr. **Walther Leeb, Franz Stephan Parteder**

10.30 Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz): *Die KPÖ in der österreichischen Revolution 1918/19*

11.30 Dr. **Winfried R. Garscha** (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Forschungsstelle Nachkriegsjustiz): *Grundlinien der Politik der KPÖ in der Ersten Republik und im antifaschistischen Widerstand*

12.30–13.45 Mittagspause

13.45 Mag. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesellschaft):
Die Politik der KPÖ 1945–1955/56

14.45 Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz): *Die KPÖ in den 1960er bis 1990er Jahren*

15.45–16.15 Kaffeepause

16.15 Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Oberkofler** (Universität Innsbruck):
Wissenschaft und Kommunistische Partei in Österreich

17.00 **Ernest Kaltenecker** (KPÖ Steiermark):
Die KPÖ Steiermark – kommunistische Politik heute

Die Diskussion findet im Anschluss an die jeweiligen Referate statt.

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Hans Hautmann,
Martin Krenn, Hans Mikosch, Gerhard Oberkofler,
Robert Rosner, Irma Schwager

Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

➔ Mitarbeiter in der Position eines ordentlichen Professors zukünftig daran zu hindern, seine undemokratische Gesinnung und seine verfehlten Vorstellungen zur Durchsetzung der jeweils herrschenden Rechtsordnung [sic!] auf die Studenten einwirken zu lassen“. Das Gericht „enttarnte“ Pätzold damit nicht nur von Amts wegen als Antidemokraten, sondern führte – im Widerspruch dazu – sogar seine demokratische Wahl zum Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften als zusätzliches Erschweris an, „da die Wähler [...] sicherlich überwiegend dem Personenkreis angehörten, denen der Kläger zuvor durch vielfältige ‚Erziehungs- und Auswahlkriterien‘ ein klassenbewußtes Verhalten aufgezwungen hatte“. Die Geschichte kennt offensichtlich kein Pardon...

Kurt Pätzold will sich dennoch mit dem von ihm formulierten Diktum nicht abfinden, wonach die Sieger die Geschichte ihrer Siege schreiben und zugleich die Geschichte der Niederlagen ihrer Gegner. Seine „Erinnerungen“ sind geschrieben „in eigener Sache“, nicht zuletzt auch als „Gegenschritt“ zu den „Zerr- und Horrorbildern“, die von den Zeiten entworfen werden, in denen sich das Leben Pätzolds vollzog. „Deren Autoren“, so der Autor, „ist das letzte Wort nicht zuzugestehen“ (S. 312). Er tut gut daran – sich selbst und allen aufrechten Marxisten unserer Zeit.

MARTIN KRENN

Kurt Pätzold: Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers. Berlin: edition ost 2008, 318 S., 19,90 Euro.